

Geistlich **Magist.**
nachmitt. mit **Erasmus**
von **Speyer** und **St. Peter**.

Abonnementpreis
monatlich 60 Pf.
vierteljährlich 1.60 Mk.
jährlich 5.40 Mk.
Zurück bis Post bezogen
1.60 Mk. inkl. Postgeb.

Die Kunst Welt
(Anschaffungspreis)
monatlich 10 Pf.

Verlags- und Buchhandlung:
Verlag: Dr. H. G.
Vertrieb: Dr. H. G.
Vertrieb: Dr. H. G.

Volksblatt

Infektionsgefahr
besteht für die **Infektion**
teilweise oder deren **Keim**
30 Pfennig.
Die **ausreichliche** **Keime**
25 Pfennig.
Im **rehabilitierten** **Keim**
kostet bis **Salz** 75 Pfennig.

Interesse
für die **Witze** **Nummern**
müssen **jährlich** bis **ver-**
mittlungs **habe** **10** **Reihen** **der**
Expeditoren **entgeltlich**
sein.

Ergebnisse **in** **den**
Poststellungsliste.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.
Expedition: Harz 42/43. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. ■ Redaktion: Harz 42/43. Sprechstunde werktags 1/2-1/2 Uhr mittags.

Bereinsrecht oder Polizeiwillfür?

Ein Registrierentscheid unterstellt jeden „ausgedehnten“, „großen“, „losen“ Verein der polizeilichen Überwachung!

Das Reichvereinsgesetz, diese wichtige Blodfrucht, ist vielleicht von den liberalen Parteien mit einem zu starken Vertrauen in die Billigkeit und Gerechtigkeit der preussischen Verwaltungsgewalt übersehen worden. Aber man muß zugeben, daß man eine solche Verhöhnung des klaren Wortlauts der reichsvereinsgesetzlichen Bestimmungen, wie sie die preussischen Behörden sich erlaubt haben, denn doch nicht erwarten konnte.

Berliner Tageblatt, 18. März 1911.

Das Reichvereinsgesetz, diese wichtige Blodfrucht, gibt der Polizei nur das Recht, öffentliche Volksversammlungen zu „überwachen“, ein altheres Gevormundungsrecht, das politisch erwachte Völker (Frankreich, England, Amerika, Schweiz, Italien, Dänemark, Schweden, Norwegen usw.) überhaupt nicht kennen. Der gegängelte und sein ganzes Leben lang polizeilich überwachte Deutsche mußte es aber schon als „Fortschritt“ empfinden, daß das Reichvereinsgesetz wenigstens das erbitterte polizeiliche „Überwachen“ der geschlossenen Mitgliederversammlungen der Vereine unmöglich machte.

Doch es gibt keinen Wortlaut der Gesetz, den ein-willige preussische Verwaltung nicht durch ihre Auslegungskünste in sein Gegenteil umkehren könnte. „Für öffentliche Versammlungen dürfen wir überwachen“? Gut; stampeln wir die geschlossenen Mitgliederversammlungen zu „öffentlichen“?

— und wir haben den früheren Zustand der Dinge wieder erzielt!

In Halle ist das geschehen, und alle Beschwerdeinstanzen bis hinauf zum Oberpräsidenten haben der Polizei das Recht zugesprochen, jede streng geschlossene Mitglieder-versammlung des Sozialdemokratischen Vereins, auch die kleinsten Bezirksbesprechungen der kleinsten Vereinsbezirke zu überwachen. Hier der dokumentarische Beweis dafür:

Nachdem seit dem 4. September 1910 alle allgemeinen Mitgliedsversammlungen überwacht und Beschwerden dagegen zurückgewiesen wurden, fanden am 10. Oktober 1910 21 Bezirksversammlungen in Halle statt. Sie wurden „überwacht“ und teilweise aufgelöst. Die Beschwerde bei der Polizeiverwaltung wurde wie folgt abgelehnt.

Die Polizeiverwaltung.

Halle a. S., 20. Oktober 1910.

Die Beschwerde wird abgelehnt, weil die 21 Versammlungen am 10. Oktober 1910 öffentlich waren, und die Polizeibehörde berechtigt ist, jedes öffentlichen Versammlung beizumischen.

Dabei fand in der Bekanntmachung der Versammlungen (siehe Inserat in Nr. 98 des Volksblatts vom 8. Oktober 1910) in großem Betdruck und mit einem fetten Strich unterlegt: „Ohne Mitgliedschaft kein Zutritt.“

Auf Beschluß der Parteifunktionäre wurde die Türkontrolle ganz besonders streng geübt. Diese erweislichen Tatsachen waren der Polizei bekannt und sind von ihr nie bestritten worden.

Auf die Beschwerde über den Entscheid der Halle'schen Polizeiverwaltung erging nun folgender Beschluß des Regierungspräsidenten in Merseburg:

Merseburg, den 22. Dezember 1910.

Ihre Beschwerde vom 20. Oktober d. J. gegen den Beschluß des hiesigen Polizeiverwaltungsamts vom 20. Oktober wegen der Versammlungen am 10. Oktober d. J. wisse ich nach Prüfung des Sachverhalts als unbeanstandet zurück. Sie handelt sich um Mitgliederversammlungen des Sozialdemokratischen Vereins für Halle und den Saalkreis. Sie sind wegen der Größe des Gebietes und der Mitgliederzahl dieses Vereins als öffentliche anzusehen. Die Polizeiverwaltung war deshalb berechtigt, Beauftragte in diese Versammlungen zu entsenden (§ 13 des Vereinsgesetzes vom 19. April 1908). Da die Zulassung dieser Beauftragten in einigen Versammlungen verweigert worden, sind diese Versammlungen mit Recht aufgelöst worden (§ 14 a. a. O.).

Sie darf diese Beschwerde beim Oberpräsidenten in Magdeburg erheben, der wie folgt entscheidet:

Magdeburg, den 10. April 1911.

Der Oberpräsident.
Die Beschwerde vom 9. Januar d. J. über den Beschluß des Regierungspräsidenten in Merseburg vom 22. Dezember 1910, wegen Überwachung mehrerer der am 10. Oktober 1910 in Halle stattgefundenen 21 Mitgliederversammlungen des Sozialdemokratischen Vereins für Halle a. S. und den Saalkreis durch Beamte der hiesigen Polizeiverwaltung weise ich nach Prüfung der Angelegenheit als unbegründet zurück.

Die Ausführungen der Beschwerdechrift, daß es sich vorliegenden Falles um öffentliche Versammlungen nicht handele, vielmehr um Vereinsversammlungen, die der polizeilichen Überwachung nicht unterliegen könnten, kann nicht beizutreten werden. Nach der übereinstimmenden Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts, Reichsgerichts und Kammergerichts können die Versammlungen von Vereinen auch öffentliche sein, wenn im übrigen der Begriff der Öffentlichkeit auf sie zutrifft. (Vgl. Entscheidung des O. V. G. vom 4. Juni 1909 Bd. 54 S. 281 ff., des Reichsgerichts vom 5. Januar 1891 Bd. 21 S. 254 ff., des Kammergerichts vom 26. Januar 1911.)

Für die Beurteilung der Frage, ob eine Versammlung als eine öffentliche anzusehen ist, können allein die Tatsachen der einzelnen Falles und die gesamte mit denselben zusammenhängende Sachlage maßgebend sein.

Die Behauptung des Beschwerdeführers, daß im vorliegenden Falle die Verhältnisse die gleiche seien, wie die dem Urteil des O. V. G. vom 4. Juni 1909 zugrunde liegenden, ist irrig. Vielmehr ist den Ausführungen des angezogenen Urteils darin beizutreten, daß der Verein nach der sehr erheblichen räumlichen Ausdehnung des Gebietes, das er umfaßt, und nach seiner bedeutenden Mitgliederzahl so groß, und die Verbindung unter den einzelnen Mitgliedern daher eine so lose ist, daß seine Versammlungen nicht als geschlossene, sondern als öffentliche Versammlungen anzusehen sind. (Vgl. auch die oben zitierten Entscheidungen des Reichs- und Kammergerichts.) Der Umstand, daß im vorliegenden Falle gleichzeitig 21 Mitgliederversammlungen in Halle abgehalten sind, vermag hieran nichts zu ändern, vielmehr unterstügt er noch die obige Auffassung.

Ist hierin aber anzuerkennen, daß die in Rede stehenden Versammlungen des Sozialdemokratischen Vereins für Halle a. S. und den Saalkreis öffentliche waren, so steht die Befugnis der Polizeiverwaltung, in dieselben Beauftragte zu entsenden, gemäß § 13 des Reichvereinsgesetzes vom 19. April 1908 außer Zweifel.

Drei Gründe sind es demnach, die angeführt werden und die völlig ausreichen, jede geschlossene Mitglieder-versammlung jedes, auch des kleinsten Vereins, zu „öffentlichen“ zu stampeln: der „Umfang“, die „Größe“ und der „lose Zusammenhang“. Gehen wir genauer zu.

Erstens: der Umfang!

Der Sozialdemokratische Verein umfaßt den behördlich festgelegten Reichstagswahlkreis Halle-Saalkreis. Warum? Weil der Verein den Zweck hat, die Reichstagswahl zu betreiben. Da nun die Regierung höchst selber diesen Kreis als politische Einheit mit nur einem Vertreter im Reichstage abgegrenzt hat, so muß der Verein sich danach richten und kann gar kein anderes Gebiet umfassen — weder mehr noch weniger. Die Regierung hat uns den Umfang des Vereinsgebietes durch ihre politische Geographie genau vorgeschrieben; ebenso den sämtlichen andern politischen Vereinen. Der liberale Verein heißt: „Verein der Liberalen für Halle und den Saalkreis“ und der konservativere Verein nennt sich: „Konservativer Verein für Halle und den Saalkreis“. Beide Vereine müssen sich im Umfang genau so organisieren wie der sozialdemokratische, sonst können sie keine Reichstagswahl betreiben. Aber beide anderen Vereine werden nicht belästigt, nicht schikaniert, nicht überwacht und nicht verfolgt. Das ist der kleine Unterschied — in der politischen Geographie.

Nachdem diese drei sehr erheblichen Umfänge! Werden diese drei wie Knautschband dehnbaren Worte zur rechtlichen Norm erhoben, dann lassen sie sich auf jeden Verein anwenden. Man braucht nur sinngemäß bezugieren: „Der Verein umfaßt die ganze Stadt, das ist ein sehr erheblicher Umfang.“ Oder: „Der Verein umfaßt ein ganzes Stadtviertel, das ist ein sehr erheblicher Umfang.“ Oder: „Der Verein umfaßt 3 Straßen; da nun ein Häuserblock schon ausgedehnt genug erscheint, so hat das Vereinsgebiet

einen sehr erheblichen Umfang.“ Der Verein umfaßt fünf städtische Häuser mit drei Hinterhöfen, da nun in einem Hause schon 11 Parteien mit 73 Köpfen untergebracht sind, so hat das Vereinsgebiet in der Tat einen sehr erheblichen Umfang.“

Das ist keine Phantasie und keine Spitzfindigkeit, nein, das ist bereits königlich preussische Regierungswirklichkeit. Einzelne Distrikte, deren (21) Distriktsversammlungen wegen des „sehr erheblichen Umfangs“ überwacht wurden, umfassen ja tatsächlich nur drei Straßen! — Demnach ist das Recht, geschlossene Mitgliederversammlungen ohne Polizeiüberwachung abhalten zu können, allein schon durch diese erste Interpretation hoffnungslos vernichtet.

Soll aber wirklich der Grund, „erheblicher räumlicher Umfang“ für Polizeischikane herhalten, dann fordern wir gesetzliche Festlegung der Maß der Quadratmeter, die ein Verein umfassen darf.

Zweitens: die Größe!

Den Regierungspräsidenten ärgert die „bedeutende Mitgliederzahl“. Da aber die von der Regierung ganzganzweise zu einer politischen Einheit zusammengepackten Wohnort Halle und den Saalkreis nur einmal mehrere Hundert Kaufleute umfassen, so müssen die politischen Vereine selbstredend hohe Mitgliederzahlen haben. Die Sozialdemokratie stieg 1909 mit 25 843 Stimmen. Angehörig dieser Ziffer ist die Mitgliederzahl von 6800, die am 10. Oktober 1910 erreicht war, in keiner Weise „bedeutend“ (leider! denn mindestens 20 000 müßten es schon sein!)

Was ist denn überhaupt „bedeutend“? Eine Kaufleutebestimmung! Alle Auslegungen treffen hier genau so zu wie beim „erheblichen“ Umfang. Die einfache Konsequenz des Registrierentscheides über die 21 „öffentlichen“ Distriktsversammlungen wird einst folgende Dehnbildung sein: „Die Zahl der Mitglieder des Vereins beträgt 17 (Reichstag); da der Ort (oder der Bezirk) überhaupt nur einige Hundert Einwohner umfaßt, so erscheint die Mitgliederzahl in der Tat groß und bedeutend.“ — Das ist wiederum keine Phantasie, sondern Wirklichkeit, da einige Kaufleute Distrikte, deren Zusammenkünfte überwacht wurden, tatsächlich nur einige Duzend Mitglieder zählten. Der Willfür ist durch diese Auslegungskünste klar und klar geblieben.

Wenn die „bedeutende“ Größe des Vereins überhaupt durch die Wiederbeziehung des Überwachungsaktes bekräftigt werden soll, dann fordern wir rechtliche Festlegung der erlaubten Höhe der Mitgliederziffer.

Eine geradezu irreführende Ungleichheit stellt der Sach dar: „Der Umstand, daß im vorliegenden Falle gleichzeitig 21 Mitgliederversammlungen in Halle abgehalten sind, vermag hieran nichts zu ändern, vielmehr unterstügt er noch die obige Auffassung“, nämlich von der Ausdehnung und Größe des Vereins. Gut! Aber die Größe des Vereins war ja an jenem Abend in 21 kleine und ganz kleine Teile zerlegt! Die Beschwerde richtete sich ja eben gegen die Überwachung dieser kleinen Distriktsversammlungen! Und nun begründet der Oberpräsident das Recht, winzig kleine Distriktszusammenkünfte zu überwachen, mit dem Hinweis auf die — Größe des Gesamtvereins! Weil der ganze Kreis so groß ist, deshalb will ich seine kleine Bezirke feststellen!

Drittens: der lose Zusammenhang.

„Die Verbindung unter den einzelnen Mitgliedern ist zu lose.“ Wieso denn? Diese Frage richtet sich doch ganz nach dem Zweck des Vereins. Da der Zweck des Vereins nicht die schwärmerische Dugbrüderchaft seiner Mitglieder, sondern die Herbeiführung sozialdemokratischer Wahlen ist, so langt die „Festigkeit“ des Mitgliedsbundes vollkommen aus. Im Gegenteil, Herr Präsident; Sie wissen ganz genau, daß es in der ganzen Welt keine Vereine mehr gibt, deren Mitglieder so fest zusammenhalten und so eng verbunden sind, wie die sozialdemokratischen. Ihr feinerer höchster Vorgesetzter, Herr Bismarck, Erzkanzler, hat durch ein schmähliches Ausnahmengesetz, durch gemeine Auffüllungen, niederträchtige Ausweisungen, brutale Einfernungen und durch den fatalen, nützigen keinen Belagerungszustand nicht einmal vermocht, die

Vertical text on the left margin, partially cut off.

Yellen sozialdemokratischen Organisationen zu sprechen. Und damals waren die Vereine erst im schärfsten Reim-
gustand. Da wollen Sie, Herr Regierungspräsident, jetzt
berichten: die Verbindung der Mitglieder sei zu Lose?
Ein Rästel aller Bittenden ist die Antwort!
Ueberdies weiß man sonst sehr genau, wie fest verbunden
die Sozialdemokraten untereinander sind. In der berühmten
Kocher-Alltagsschrift, in der man die Partei-
leitung für die Katen (Kocher) bezeichnen die Polizei-
behörden der Angeklagten verantwortlich machen wollte, hieß
es wörtlich:

„daß in der Hauptfrage Leute beteiligt waren, die durch
jahrrelange systematische sozialdemokratische Ver-
erbung sich eng verbunden fühlten.“

Dies war also nicht einmal die Zeugnisaussage über das
Verhalten der sozialdemokratischen Zeitung, erforderlich, hier
genügte zum „eng verbunden sein“ schon allein die „Ver-
erbung“. Wir nehmen an, daß dies hübsche Merkmal auch für
Sollen ein wenig gelten könnte....

Im übrigen aber fragen wir wiederum: was ist „Lose“, was
ist „fest“? Ist schon „Umfang“ und „Größe“ denkbar, dann
„Lose“ noch viel mehr. Verlagen selbst die ersten zwei Gründe,
so trifft „Lose Verbindung“ auf jeden Verein zu, der nicht
etwa innerlich nur einer einzigen Familie geschlossen
wird. Wird auch dieser „Lose“ Segelische Grundlag vom
Oberverwaltungsgericht bestätigt, dann hat die Polizeigewalt
das Überwachungsrecht über jeden Verein und seine Ver-
sammlungen erlangt.

Die Arbeiterklasse und die weitaus Öffentlichkeit erschien
aus diesen Entscheidungen, was auf dem Spiele steht. Zwei-
lei ist jetzt nur denkbar:

Entweder: die Polizei und die Regierungsinstanzen
haben Unrecht, dann ist es unerhört und ein Skandal
vondergleichen, daß sich die Kassen der Arbeiter monate-
und schließlich jahrelang (das Oberverwaltungsgericht braucht auch
wieder viele Monate zur Entscheidung) um die Ausübung des
Verbandsrechts streiten lassen müssen, ohne daß den Verant-
wortlichen für die Ungeklärtheiten auch nur ein Haar ge-
trimmt wird.

Oder aber: die Polizei und die Regierung haben Recht,
dann gäbe Recht, Vereinsgesetz! Es ist nach der letzte Reiz
eines scheinbaren Fortschritts im Vereinsgesetz weggenötigt
und jeder politische Verein der Polizeiüberwachung wieder
ausgeliefert. Der ungeheure Schwindel von der „liberalen“
Wohlfahrt wäre dann endlich bis auf den letzten Schimmer
enttarnet. Arme Arbeiter!

Und nun noch eines! Falls die Polizei und die Regierung
überdies behörden glauben sollten, die Kraft der Sozialdemokratie
durch bezartige Maßregeln lösen zu können, so sind sie aus-
dem Polizeigesetz auf einen Scheitern anderthalb, das
was noch von jeder gut sozialdemokratische Kampfstärke,
keine Unterdrückungsmaßnahme der letzten 20 Jahre hat
die Sozialdemokratie innerlich so fest zusammen-
geschweißt, wie diese polizeiliche Verlagerung der Ver-
sammlungen! Kein Schlag hat den noch fernstehenden
Proletariats die Natur der preußischen Gemaltheit
so leuchtend enthüllt, als alle diese letzten Verdrängungen
keine Agitation hat uns jemals so viele neue Mitglieder ge-
bracht als die Niederföhrung der Wahlrechtsdemonstration
und des Vereinsgesetzes! Nur so weiter!

Walle wird zur uneinnehmbaren roten Spitzburg!

Die „Größe“ des Vereins.

In seiner Entscheidung über das Überwachungsrecht der
Vereinsversammlungen durch die Polizei beruft sich der
Wohlfahrts-Oberpräsident auf das Urteil des Oberver-
waltungsgerichts vom 4. Juni 1909 mit einer Sicher-
heit, daß man glauben könnte, er hätte tatsächlich eine rechtliche
Unterlage für seinen Standpunkt. Nein, nein und tausendmal
nein! Das Urteil sagt gerade das Gegenteil! Es bestätigt
in vollem Umfange, daß die Überwachung der Mitglieder-
versammlungen auch großer Vereine ungesetzlich ist. Das
Urteil besagt wörtlich:

„Bei der Erörterung dieser Frage (Mitgliederzahl) müssen
insbeson die Verhältnisse der Großstadt in Be-
tracht gezogen werden. Bei allen in großen Städten be-
stehenden Vereinen, soweit sie nicht Ziele beschränkter Art
verfolgen, insbesondere bei solchen, welche eine Einwirkung
auf politische Angelegenheiten bezwecken, wird die Zahl
der Vereinsmitglieder eine verhältnismäßig große und der
Wechsel im Mitgliederbestand ein häufiger sein. Im Hin-
blick hierauf würde es nicht gerechtfertigt sein, für die
Frage, ob die Versammlungen eines Vereins öffentlich sind,
oder nicht, die mehr oder minder hohe Zahl der Ver-
einsmitglieder für sich allein als ausschlaggebend an-
zusehen. Eine Unterscheidung zwischen großen und klei-
nen Vereinen würde überdies vom Standpunkte der Bestim-
mungen des Vereinsgesetzes aus betrachtet, in der Praxis
unlösbare Widersprüche ergeben und schließlich zur
Willkür führen.“

In Frage könnte hiernach noch kommen, ob etwa die Zahl
der Vereinsmitglieder im Verhältnis zur Veröf-
fentlichung des räumlichen Wirkungsbereiches des Vereins zu er-
heblich ist, daß der letzteren gegenüber das Moment einer
Sonderregelung ausreicht und für eine eigentliche Vereins-
fähigkeit kein Raum gegeben ist. Auch dies ist indessen zu
verneinen. Bei einer Bevölkerung von nahezu 200 000
Köpfen, wie sie die Stadt Magdeburg zählt, bildet der So-
zialdemokratische Verein trotz seiner 4300 Mitglieder nur
einen verhältnismäßig geringen Bruchteil. Es kann daher
in keinem Falle behauptet werden, daß der Verein gewisser-
maßen die Gesamtheit in sich schließt, und eine von dieser
gesonderte Existenz nicht in Anspruch zu nehmen ver-
mag. Auch von diesem Gesichtspunkte aus wird daher den
Versammlungen seiner Mitglieder, soweit sie auf diese be-
schränkt bleiben, der Charakter öffentlicher Versammlungen
nicht beigelegt werden können.“

Man beachte, daß es sich bei diesem Urteile um große
allgemeine Mitgliederversammlungen handelt, nicht etwa
um kleine Bezirksversammlungen. Um nur
das Recht zu beweisen, kleine Versammlungen überwach-

zu werden, damit für die Überwachungs-
lechte Recht zur Überwachung großer Unzulänglich
Auf Farben übertragen, wie das Beispiel so aussehen: um
das Schwarz des Rotes zu beweisen, führt der Oberprä-
sident das Weiß des Blaus an!

Es wird interessant sein, wie daselbe Oberverwaltungs-
gericht jetzt entscheiden wird.

Politische Uebersicht.

Seite 4. 6., den 22. April 1911.

Nicht Staats-, sondern „Denkschrift“-Schwindel.

Die Konserbativen machten bekanntlich kürzlich den Vor-
schlag, im Wege des Verfassungsbuchs den Etat für 1912 noch
vom gegenwärtigen Reichstage erledigen zu lassen. Dieser
Vorschlag wird jetzt preisgegeben, nachdem die Regierung sehr
deutlich abgemerkt hat. Im Reichstag des Innern und im
Sachamt ist ein Vertreter der Reichstages-Verfassung
Entscheidung herbeigeführt, die verbindlichen Regierungen
dachten gar nicht an diese Vorlegung; bisher je wenigstens der
Gehalts innerhalb der Regierung von keiner Seite angeregt
oder ventiliert worden. Auch von einer „Informationsweisen“
Vorlegung des Etats, wovon die Deutsche Tageszeitung und
die Köln. Volkszeitung mit warmer Empfehlung gesprochen
hätten, konnte nicht die Rede sein.

Dazu schreibt die Deutsche Tageszeitung ziemlich heilsam:
Was nun den zweiten Teil der angeblichen Information
des freisinnigen Wöhring-Blattes anlangt, so wird man
in den beiden mehrfach genannten Reichstagen wohl kaum
gefragt haben, daß von einer „Informationsweisen“ Vor-
legung des Etats nicht die Rede sein könne; es müßte denn
sein, daß man den Ausdruck „Vorlegung des Etats“
gar nicht wörtlich verstanden hätte. Wir haben nicht daran
gedacht, daß der vollständig ausgearbeitete Etat in allen
seiner Einzelheiten dem jetzigen Reichstage während seiner
Herbsttagung „Informationsweise“ vorgelegt werden solle,
sondern nur, daß ihm eine Uebersicht unterbreitet werde
über die mutmaßliche Gestaltung des nächsten Etats im
großen und im allgemeinen. Eine derartige Vorlage
braucht man nicht Staatsübersicht zu nennen, sondern könnte
sie als Denkschrift über die mutmaßlichen Wir-
kungen der Reichsfinanzreform auf die Ge-
staltung des künftigen Etats bezeichnen. Gegen
die Vorlegung einer derartigen Denkschrift ließe sich weder
jämlich noch formell das Geringste einwenden. Wir glauben
vielmehr davon überzeugt sein zu dürfen, daß man im
Reichstags des Innern und ganz besonders im Reichstags-
amt die Vorlage einer solchen Denkschrift für durchaus
angemessen erachten wird.

Wozu die vielen Worte? Die Deutsche Tageszeitung soll
doch sagen, daß ihre und der Kreuzzeitung, genau so wie die
anderen, den Herrenhäusern, die von der Regierung eine die
Finanzreform rechtferdigende Denkschrift forderten, nur darauf
aus, durch offizielle Schwindeländerungen aus dem Sammel-
des Steuerbeitrags geogen zu werden. Die Regierung wird
es schon im gegebenen Momente nicht an dieser Hilfe fehlen
lassen. Die Vorbehalte der Allgemeinheit die die Fähigkeit zu
schwindeln schon oft, das letzte Mal bei den Götterstöt-
tungen, glänzend bewiesen.

Durchprüfung der Reichsversicherungsbearbeitung.

Die Art, wie die Reichsversicherungsbearbeitung parlamen-
tarisch durchgeführt werden soll, ist direkt ein Skandal. Am
Mittwoch ist die Kommission zusammengetreten, um die
Berichte festzustellen. Dieser Bericht besteht aus sechs Büchern,
die zum Teil einen Umfang von 200 bis 300 Seiten haben.
Im günstigen Falle kommen diese Berichte, die man streng
geheim gehalten hat, am Sonntag in die Hände der Reichs-
tagsabgeordneten. Am Mittwoch, spätestens aber am Donner-
stag, beginnt bereits die Beratung im Plenum des Reichstags.
Die Geschäftsordnung des Reichstags bestimmt, daß die zweite
Lesung eines Gesetzesentwurfs frühestens zwei Tage nach der
Beratung des Berichtes der Kommission stattfinden kann.
Man hätte bei der Schaffung dieser Bestimmung natürlich
eine Reihe im Auge, die ein nachfolgendes Studium er-
fordern, wenn sie gründlich durchgearbeitet werden sollen.
Die Mitglieder des Reichstags haben in ihrer überwiegenden
Mehrheit aber gar keine Möglichkeit, die Berichte vor der Be-
ratung nur ein einziges durchzusehen. Je weniger Abgeordnete
die ganze Materie beherrschen, desto angenehmer ist das für
die Mehrheitsparteien. Das böse Ereignis treibt sie zu zäher
Arbeit, die volksfeindlichen Einzelheiten sollen den Massen
möglichst überzähnd kommen. Vorgelegt wird die bürger-
liche Presse auf die Bedeutung dieses Gesetzes hin, eine Be-
deutung, die wir gar nicht betreten; gerade deshalb aber muß
gegen diese handlungslose Durchprüfung mit allem Nachdruck
protestiert werden.

Verzögerungsanstalt für preussische Offi-
ziere! In der Hoff-Ängst ein schärflicher Schuldverleurer
vor, daß die nach der Reichsversicherungsbearbeitung neu zu
schaffenden höheren Stellen nicht mit Offizieren besetzt
werden, sondern den verabschiedeten Offizieren
vorgehalten sind. Diese Stellen, welche weniger juris-
tische Spezialkenntnisse erfordern, als Autorität, Men-
schenkenntnis und gefunden Menschenerkand,
werde der Offizier ebenso ausfüllen wie der Jurist. Die
„Autorität“ (scharrender Offiziere — die selbte in der Tat
noch in der „Arbeiterversicherung“).

Gegen den „Großblod“.

In den letzten Tagen hatte Genosse Franz-Mannheim in
mehreren Versammlungen in Süddeutschland Veranlassung ge-
nommen, seine Ansichten über die politische Lage auszusprechen.
Im besonderen malte er den Zuhörern aus, was alles eine
„neue Mehrheit“ von Wassermann bis Bebel fertig bringen
könne: Veränderung der Geschäftsordnung des Reichstags,
Ministerverantwortlichkeitsgesetz, Revision der Reichsfinanz-
reform usw. Dazu ist nur nötig, daß dem Zentrum und den
Konserwativen 33 Mandate abgenommen würden. Wer da be-
hauptet, daß die neue Mehrheit unmöglich sein würde, irrt
sich gründlich. Es gäbe sehr viele Dinge, die ganz gut
von gekamten Rinken erledigt werden könnten.

Gewissermaßen zur Erneuerung brachte nun der Mann-
heimer Generalanzeiger einen Offizierartikel, der sich über die
„neue Mehrheit“ von Wassermann bis Bebel folgendermaßen
auspricht:

Der Reichsgroßblod ist Unfinn und ist keine
politische Idee. Die nationalliberale Partei
will ihn nicht, so wenig sie die Republik und eine schran-
kenlose Demokratie im Staats- und Wirtschaftsleben will,
und wenn in den eigenen Reihen ein Prophet des Grob-
blods erkünde, er würde tauben Ohren predigen. Der natio-

nal Liberalismus will nur das Beste, was die Sozialdemokratie
will, und darum können sie nie zusammengehen.
Der nationale Liberalismus will, daß auf dem historischen
Grund von Kaiser und Reich, das die Dynastie mit dem
Volke geschaffen haben, neben dem Konservatismus der
Liberalismus leben und wirken könne, der des Volkes Frei-
heit nicht auf Kosten, sondern auf Kosten des Nationalismus
gründet. Das ist das Ziel, über das nicht Volkstum und
nicht die nationalliberale Partei sich je hinausdrängen lassen
werden. Was auch die Konservativen treiben und schreiben,
die nationalliberale Partei ist eine selbständige nationale
und liberale Mittelpartei, unfähig und ungeneigt,
aus dem sozialdemokratischen Gedankengut
auch nur ein Quentchen aufzunehmen. Der
Großblod kann nach nationalliberaler Vorstellung er kom-
men, wenn die schwere sozialdemokratische Pflanz national
und monarchisch, liberal und nicht sozialistisch zu denken ge-
lernt hat, nicht von einer Entwicklung des nationalen Libera-
lismus nach links, sondern nur von einer Entwid-
lung der Sozialdemokratie nach rechts, die
etwa Partei würdig abwarten muß; sie kann und wird
auch nicht das leiste Zugeständnis an die
Sozialdemokratie machen, von sich aus kein Ent-
kommen gegen politische Ideen über, die ebenso ihrem
nationalen wie ihrem liberalen Gewissen widerstreiten.

Die partei-offizielle Nationalliberale Korrespondenz über-
nimmt diesen Artikel des Wassermann-Blattes eifrig und em-
pfehlt ihn gerade wegen seiner scharfen Sprache an die Ueber-
tragung des Großblods auf die Reichspolizei.
Es ist erfreulich, daß die Nationalliberalen über ihre
Berühmtheit zur Sozialdemokratie so begreifbar klug
sind.

Deutsches Reich.

— **Vorarbeit für ein Zustandsgesetz.** Die Chemische
Handelskammer hat die Unternehmer der Metall-
industrie ein vertrauliches Rundschreiben gerichtet, das um
Material über den Terrorismus der Arbeiter
während der letzten benetzten Kariffämpfe ersucht. Das
Material soll eventuell mit als Unterlage für ein neues Zustands-
gesetz benutzt werden.

— **Die Regierung ist wütend geworden!** Rämlich diejenige
des Reiches Sachverständigen-Konferenz. Sie hat sich in den
Ropf gelegt, die geplante Eisenbahn-Ausführung des Weiser-
schen Jesus-Dramas unter allen Umständen zu vereiteln.
Als das Verbot ergangen war, bildete sich ein Verein, der es
für seine Mitglieder zur Aufgabe machte, die Ausführung dieses
Stückes zu verhindern. Diese Aufführung ist jetzt ebenfalls
verboten worden. Inzwischen ist bekanntlich gegen den Überbür-
mister Schmeider ein Disziplinarverfahren eröffnet worden,
weil er sich an einem Vereine beteiligt hat, der gegen das Ver-
bot protestierte. Und nun denke man, daß das verbotene und
verbannte Stück von Karl Weiser verfaßt wurde, der
Oberregisseur am groß. Hoftheater in Weimar ist!
Entsetzlich, wie es in einem solchen mitteldeutschen Water-
lande zugeht!

— **Wahrgelt den Reuß!** Die schärfliche Regierung hat
einer Konzeß über die Gemeindefeuerreform aus Sozial-
demokraten, und zwar die Genossen Fräudor-Deubler, Lange-
Reppig, Arbeitersekretär Rud und Konsumvereinsverbands-
sitzenen Aebelhof zugeogen.

Die Deutsche Tageszeitung schreibt zu dieser Kaschade:
Wir wissen nicht, was die schärfliche Regierung auf dieser
Rechnung veranlaßt hat. Es wird uns berichtet, daß der
Ministerialdirektor Geheimrat Dr. Kumpelt die Ein-
ladung der Sozialdemokraten zu der Konferenz
angeregt habe. Für die Nichtigkeit dieser Mitteilung kö-
nen wir untererlei keine Gewähr übernehmen.
Ein deutlicher Wink für die „Staatsratskassen“, dem Dr.
Kumpelt so bald wie möglich ein Wein zu stellen.

— **Die Verteilung Berlins.** Für die sechs Berliner Reichs-
tagswahlkreise planen die Konserbativen, die Deutsch-Sozialen
und die Christlich-Sozialen ein gemeinschaftliches Vorgehen.
Den 1. und 5. Berliner Wahlkreis wollen die Deutsch-Sozialen
erwerben, den 2. und 6. die Konservativen und den 3. und 4.
Christlich-Sozialen. Im ersten Berliner Reichstagswahlkreis
handelt es sich um die drei verbündeten Parteien der Bauverbände
des Deutsch-Nationalen Handlungsgehilfenverbands, Thomas,
im 4. Arbeitersekretär Behrens, im 6. der Provinzial-
sekretär Paul, erster Vorsitzender des Bundes der Arbeiter-
vereine. Die reaktionären Kandidaten für die drei anderen
Wahlkreise, hierfür aus bereits in den nächsten Wochen festgelegt
werden, heißt es in der Staatsbürgerzeitung. Vier Glück!

— **Die Weiswäcker im Reichstage.** Matthias Erzberger,
der in seiner Agitation für die Durchprüfung der Versicherungs-
ordnung hundertmal auf die Wiederkehr im Reichstage
schwört, hat nach einer freizinnigen Statistik über Nehmen
in der Zahl und Länge der Reden weit voran. In der letzten
Legislaturperiode kommen durchschnittlich etwa 5000 Reden
auf die Reden eines Abgeordneten, Erzberger aber hat
nicht weniger als 6742 Reden zusammengerechnet. Weit, weit
hinter ihm folgt erst Paasch mit der nächstgrößten Zahl
der gesprochenen Reden, er hat es „nur“ auf 3800 Reden
gebracht.

Diese Schwärzleistungen bedeuten sich nur auf das Be-
nem; was Erzberger aber erst in den Konserwativen
zusammengerechnet hat, das geht auf keine Parteilinie. Und
da schwindelt man, daß die Sozialdemokratie die Par-
lamentaristik mißbrauche....

Rußland.

Polizeischnur und ihre Helferinnen.
An der galizisch-russischen Grenze wurden von den öster-
reichischen Behörden zwei Familien Waibmann und Stein-
berg wegen Militärspionage und wegen Aus-
lieferung politischer Emigranten an Rus-
land verhaftet. Die Familien erlitten von den rus-
sischen Behörden ein festes Monatsgehalt
und besondere Löhne für die einzelnen Spionagedinge; sie lieferten
die Passagiere in der Weise aus, daß sie ihnen falsche
Pässe gaben und an den Fenstern der Wohnungen in den
Grenzorten, in denen sie kauften, Aeren aufstellten, die für
die russischen Behörden ein Zeichen waren, daß in dem gleich-
zeitig die Grenze passierenden Zuge sich Passagiere mit falschen
Pässen befänden. Die Tätigkeit dieser beiden Familien nahm
einen großen Umfang an, so daß in Gwinants ein eigenes
russisches Gendarmeriekommando ba-
für eingerichtet wurde. Es ist bekannt, daß in der letzten Zeit
etwa 200 Emigranten der russischen Behörden
ausgeliefert wurden, außerdem betrieben diese beiden
Familien auch Wäschegewerbe.
Goldene Schmiede und solcher schuftigen Mittel bedehnen sich

die Jarenregierung und ihre feilen Kreaturen bei der Verfolgung politisch verdächtiger Personen über Lumpenpad gehört nun einmal zusammen.

Marokko.

Ein Erfolg der Rebellen.

London, 27. April. Ein Telegramm der Daily Mail aus Tanger meldet, daß die Einnahme der Stadt Melina durch die Werber auf der dortigen britischen Besatzung offiziell bestätigt worden. Sultan Jben sei zum Sultan ausgerufen worden. Der französische General in Casablanca hat einen Tagesbefehl an die rebellischen Truppen erlassen, in welchem er sie auffordert, sich von Jben zurückzuziehen und in ihre Heimat zurückzuführen. Falls die Rebellen sich weigern sollten, diesem Befehle nachzukommen, so sei die französische Regierung entschlossen, dem Sultan, Jste es, was es wolle, zur Hilfe zu kommen und die rebellischen Volksstämme schwer zu bestrafen.

Amerika.

Die Schredensherrschaft in Paraguay.

Selbst für die abgeklärtesten Empfindungen der Liberatorer Amerikas empfinden ist die Grausamkeit, mit der sich der Diktator Jara auf dem Präsidentenstuhl der Republik Paraguay erhebt. Paraguay, der einzige nicht an das Meer grenzende Staat Amerikas, der, zwischen Brasilien, Argentinien und Bolivien, auf etwa einer Viertelmillion Quadratkilometer etwas über eine halbe Million Menschen zählt, liegt noch heute auf dem Standpunkt, auf dem seine durch lange Festsitzensherrschaft verübete und durch spanische Gewaltherrschaft niedergehaltene Bevölkerung, davon 100 000 Indianer und viele Nigrlinge, zur Zeit der Vertreibung der Spanier einnahm. Der Wechsel der politischen Herrschaft vollzog sich durch blutige Gewalt und wird dann vom Volke widerstandslos ertragen, bis neue Gewalt sich wieder blutig durchsetzt. Ueber die Selbstenannten des neuesten Mäurerbauptmanns an der Spitze des Staates wird dem Prüfler Peuple Schredens aus Buenos-Aires berichtet.

Am 17. Februar zwang der Oberst Jara den Präsidenten Comdra zum Rücktritt und ließ sich von einer Anzahl militärischer und zivilistischer Spießführer zum Präsidenten ernennen. Unter den „Vollstreckern“ fand er keinen Widerstand. Dagegen erhob sich eine revolutionäre Gegenbewegung unter der Führung des überzeugten Demokraten Aqueles, eines früheren Ministerkollegen Jaras. Jara erklärte, er werde eher halb Paraguay umbringen als zurücktreten, und hat alles getan, um sein Wort wahrzumachen. Im Norden des Landes kam es zum Zusammenstoß, wobei beide Parteien mehrere Hunderte Gefallene zählte. Jaras Kommandant, der Kriegsminister Coriburu, ließ die Gefangenen erschlagen und verhängeln. Einige Tage später, am 18. März, kam es zum entscheidenden Kampfe, bei dem Jara und Aqueles selbst aufeinandertrafen. Wieder legten die Jara'schen Truppen, obwohl viele von ihnen im Gumpf jugend gingen. Die Revolutionäre flohen und wurden größtenteils auf der Flucht getötet. Wieder wurden die Gefangenen getötet und verhängelt. Aqueles selbst, der gefangen war, wurde auf Jaras Befehl von Soldaten hinterzogen erschossen. Der Leichnam wurde der Weiber beraubt und liegen gelassen. Als einige Zeit später seine Freunde mit Jaras Erlaubnis den Körper suchten, fanden sie ihn nicht mehr.

Auch der Minister Haeg, der früher den Despotismus bekämpfte und selbst als Vertreter der Freimaurerloge von Paraguay an einem Freidenkerkongreß teilgenommen hatte, versuchte sich des Vertrauens, das die christlichen Elemente in ihn gesetzt hatten, un würdig und hat ganz als Jaras Schützling auf. Er behauptete sogar die Füge, daß Aqueles mit dem Geinen auf brasilianisches Gebiet entkommen sei.

Die sozialistische Bewegung vermag natürlich unter solchen barbarischen Verhältnissen noch keine Rolle zu spielen, trotzdem die sozialen Unterlagen gegeben sind. Ist doch fast das ganze Volk heillos, der Boden von der herrschenden Gamberbande größtenteils an ausländische Spekulanter verschleudert. Die Veruche der Verbreitung sozialistischer Ideen, die Rafael Barret, ein europäischer Auswanderer, und Julian Bouvier in der Hauptstadt Asuncion gemacht hatten, wurden bald erstickt. Vom internationalen Sozialismus erwarbt man in Südamerika einen Protest gegen das Blutregiment in Paraguay, damit es der zivilisierten Welt in seiner vollen Schönheit gezeigt werde.

Der kapitalistische Anschlag gegen die Gewerkschaftsbewegung, der mit Verhaftung dreier Führer des Eisens- und Bauarbeitersverbandes eingeleitet wurde, hat begreiflicherweise unter der organisierten Arbeiterschaft eine ungeheure Aufregung hervorgerufen. Die Arbeiterverbände haben in den letzten Tagen im ganzen Lande eine lebhaft agitatorische und behaupten, die Verhaftungen seien das Ergebnis eines schamlos eingelegten Anschlags des Kapitals gegen die Arbeiter. Die Gewerkschaften von Neuquay sammeln einen Verteidigungsfonds von 200 000 Dollar, zu dem die Arbeitergewerkschaften des ganzen Landes beigetragen sich verpflichtet haben. Die Angelegenheit wird mit Bezug auf die Explosion in Los Angeles vorge-

nommen Verhaftungen wurde durch den Genossen Berger vor das Repräsentationshaus gebracht, der eine Untersuchung durch den Kongreß verlangte.

Die neuesten Ereignissen.

Die amerikanische Bundesregierung brachte neuerdings Anklagen gegen die Lake Shore and Michigan Southern Railway Company ein, die der Verabredung zur Verletzung des Eisenbahnabkommens schuldig ist. Außerdem wurden Anklagen gegen die Pennsylvania, die Lake Shore und die Western Lake Erie Railway sowie die New York, Chicago and St. Louis Mailroad Company eingebracht, und zwar wegen Rabattentwörung. Im ganzen sind gegen 13 Bahngesellschaften Anklagen erhoben worden. Bei der Pennsylvania-Anklage werden vierzig Mitglieder, Mr. Gabe, wegen Mißbrauchs der Eisenbahn zur Verletzung angeklagt. Im Falle, daß die Gesellschaften dieser Vorwürfe überführt werden, können sie zu Geldstrafen von mehreren Millionen Dollar verurteilt werden. — Männern, denn ob sie verurteilt werden, ist sehr zweifelhaft. Die großen Diebe und Betrüger läßt man auch in Amerika, und mehr als anderswo — ungehorsam.

Mexiko.

Diag und Madero.

Der Londoner Daily Telegraph veröffentlicht zwei Depeschen — die eine von Diag, die andere von dem Insurgentenführer Madero — in denen die Situation in Mexiko sehr widersprechend dargestellt wird. In dem Telegramm des Madero heißt es:

Wir sind höchstentschlossen bis zum Ende der Ursachen und ich bin der festen Ueberzeugung, daß Mexiko bald zum Frieden und zu einer fortschreitenden Entwicklung zurückkehren wird. Ich persönlich werde alles Mögliche tun, um dieses Ziel zu erreichen. (?) Dagegen telegraphiert der Insurgentenführer Madero: Diag hat seinen Meißel der Revolte. Er klammert sich immer an seine Unwürde und nur der Tod wird ihn von seinem Lande trennen. Wir haben alles getan, um auf friedlichem Wege zu einem freien Volk zu werden. Jetzt werden wir wieder, die Waffen in die Hand nehmen und solange kämpfen, bis es uns gelungen ist, Mexiko zu einem demokratischen und einem Verfassungskönigreich zu machen. Nach einer Meldung der Frankf. Bz. machen

die Friedensverhandlungen gute Fortschritte. (?) Die Regierung soll bereit sein, den verurteilten Insurgenten Pensionen zu gewähren und die Schulden der Insurrektion zu beden. Auch will sie zugestehen, daß kein gegenwärtiger Beamter wiedergewählt werden kann.

Die Darstellung gewinnt an Wahrscheinlichkeit, wenn sie mit einer von einer dritten Seite verbreiteten Nachricht in Verbindung bringt, nach der der Gewaltmächtig Diag das Land verlassen würde und am 16. Mai nach Europa zu reisen beabsichtigt. Die Neuwahlen für die Präsidentschaft und die Vicepräsidentschaft finden im Juli statt. In der Zwischenzeit wird der Minister des Auswärtigen die Parra an der Spitze der Exekutivgewalt stehen.

Diese Nachricht dürfte so schnell die Köln. Bz., falls sie sich bestätigt, das Ende des Dramas der letzten Monate ankündigen. Wenn Diag jetzt das Land verläßt, dessen Präsident er 34 Jahre lang gewesen ist, um die Neuwahlen ohne seine Gegenwart vornehmen zu lassen, so kann das nur bedeuten, daß es mit der Präsidentschaft von Diag endgültig zu Ende ist und eine neue Zeit in Mexiko anbricht.

Im Interesse des unter der Gewaltherrschaft des Blutmenschen Diag schwer seufzenden mexikanischen Volkes kann man nur wünschen, daß dieser Zeitpunkt bald eintreten möge.

Aus der Partei.

Maisier am Sonntag.

Immer wieder haben sich die Parteitage mit dem heueren Mode befaßt, müssen die Maisier auf einen Sonntag vor oder nach dem ersten Mai zu verschieben. Und jedesmal hat der Parteitag entschieden, daß die Maisier nur am 1. Mai abgehalten werden soll. Kann man das nicht, so mag man es lieber unterlassen. Gerade die deutsche Sozialdemokratie muß sich bilden, internationale Beschlüsse zu umgeben, denn sie gilt und gilt noch immer als Vorbild und Muster internationaler Treue und Disziplin.

Der Vorstand ist schon dieser Tage lärm, daß in Baden hier und da auch dieses Jahr wieder versucht würde, die Maisier auf einen Sonntag zu verschieben. Der Vorsitzende des 11. badischen Landtagswahlkreises stellte jedoch fest, daß in seinem Kreise volle Disziplin gewahrt werde. Das ist erfreulich.

Um so mehr muß man erlauten sein, daß auch in unserem Verbreitungsgebiet eine Anzahl Maisierern auf den Sonntag vorher verlegt wurde. Lust in der gestrigen Nummer

des Volksblattes finden wir Anzeigen über Sonnagsfeiern aus Sangerhausen, Heringen, Riethe, Görden, Kleinleipisch, Könnern und Wodwis. Die Genossen der genannten Orte mögen für ihr Vorgehen allerlei gute Gründe vorzubringen haben, von denen aber keiner die Beschlüsse internationaler und nationaler Parteitage auch nur in geringem erhellten kann. Es wäre die schärfste und verheerlichste Taktik, wenn wir über diese Dinge in unseren eigenen Reihen mit Stillkneigen hinweggehen wollten. Es muß daher, um einem weiteren Umsichgreifen der schlechten Sitte vorzubeugen, klipp und klar konstatiert werden, daß die Sonnagsfeiern den Parteitagsbeschlüssen und dem Geiste des Maisier-Kampfes direkt widersprechen.

„Majestätsbeleidigungsprozeß“.

Die Chemnitzer Volksstimme berichtet: Die Anklagen gegen die Genossen Seitzmann und Meyer wegen Majestätsbeleidigung kommen morgen, Freitag, den 28. d. M., vor der zweiten Strafkammer des Chemniger Landgerichts zur Verhandlung. Unter Anklage stehen ein Leitartikel über die Befreiung der Fürsten von der Wertungsabgabe vom 24. Januar und ein Artikel über die Rede Wilhelm II. bei der letzten Tagung des deutschen Landwirtschaftskongresses vom 18. Februar. Die Verteidigung führt Genosse Rechtsanwalt Wolfgang Heine, Berlin.

Gewerkschaftliches.

Der Verband der Gattungsgehilfen im Jahre 1910.

Wie die meisten Zentralverbände, so kann auch der Verband deutscher Gattungsgehilfen auf eine erfreuliche Entwicklung im abgelaufenen Jahre zurückblicken, nachdem die allgemeine wirtschaftliche Krise, die ein paar Jahre auf Handel und Gewerbe infolge überhand nahm. Der Verband, der Ende 1909 einen Mitgliederbestand von 9579 zu verzeichnen hatte, stieg im Jahre 1910 auf 11 019. Das bedeutet eine Zunahme von 1447 Mitgliedern. Im Berichtsjahre hatte der Verband auch den ersten größeren Streit zu verzeichnen, den Streit der Cafékellner in Hamburg, an dem über 300 Personen beteiligt waren und der sich mehrere Monate hinzog. Der Lokalverein der Hamburger Cafékellner, der zunächst den Kampf gegen die dortigen Caféhausbesitzer zu führen hatte, stammte den Anstoß an den Verband deutscher Gattungsgehilfen, der nunmehr die Leitung und die Kosten des Streits übernahm. Die Kassen betragen rund 40 000 M. — Die Kassenverhältnisse sind durchaus befriedigende. Einnahmen und Ausgaben balancieren mit rund 270 000 M. Der Kassenbestand betrug am 31. Dezember 1910: 183 568,92 M. An Unterführungen (Krankens. Heilz. Streik-, Sieberunterstützung, Rechtschutz usw.) sind insgesamt über 85 000 M. verausgabt worden. Eine erhebliche Steigerung der Verwaltungskosten ist durch die Anstellung von fünf Geleitern veranlaßt worden. Es steht aber zu erwarten, daß diese Mehrbelastung in den nächsten Jahren auch entsprechende Früchte tragen wird.

Lohnbewegungen in der Steinindustrie.

In Kirchheim (Unterfranken) streikten bei der Firma Schilling 170 Steinbrecher, Hoffierer und Hilfsarbeiter. Da die Arbeit sehr drängte, so ließ sich die Firma herbei, die Stundenlöhne aufzubessern. Schillings Geschäftsführer verpflichtete sich, innerhalb drei Monaten in Verhandlungen wegen Abschluß eines Tarifvertrages einzutreten. Die Sandhewerker in Dordingen, Sternenfels und Kirnbach (Württemberg) stellten am 24. April die Arbeit ein. Die Konjunktur ist gut, so daß ein günstiger Tarifabschluß wahrscheinlich erzielt werden kann.

In den Granitfelsenerbetrieben zu Gohla, Oppach und Körblingen konnte wegen der Tarifbewegung günstig abgeschlossen werden. Wesentliche Erfolge wurden in Gohla erzielt.

Die Pfaltersteinschleifer in Striega u. Strehlen und Ströben (Sachsen) stellen eine orkanmäßige Arbeiter ein. Diese stellen sich für die einheimischen Steinarbeiter untragbar. Die Beschäftigten beschäftigen mit Vorliebe ausländische Arbeiter.

In Gummersbacher Pfaltersteingebiet stehen 190 Steinarbeiter in Lohnbewegung. Die Arbeit in den dortigen Steinbrüchen ist förtlich besonders anstrengend, der erzeugte Staub ist überdies sehr gesundheitsgefährlich. Im Streit stehen die Steinmengen und Schleifer in Kiel, Köllens, Reichenbach und Pilgramsreuth.

Verantwortlich für Leitartikel, Politische Uebersicht, Parteineuigkeiten Paul Sennig, für Ausland, Gewerkschaftliches, Freizeiten und Vermischtes Carl Woz, Lokales Wilhelm Koenen, Provinzielles und Versammlungsberichte Gottl. Kaspereit, sämtlich in Halle.

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten.

Herren-Zug- u. Schnallenstiefel erprobte Qualitäten, vorzügl. Paßformen Mk. 16,50, 14,50, 12,50, 9,80, 7,50	6 ⁹⁰	Damen-Schnürstiefel — schwarz — wirklich chike Formen, mit und ohne Lackkappen Mk. 16,50, 14,50, 12,50, 10,50, 8,50, 7,50	6 ⁵⁰
Herren-Schnürstiefel schwarz, in weichen Lederarten, mit u. ohne Lackkappen Mk. 16,50, 14,50, 12,50, 10,50, 9,80	7 ⁵⁰	in braun, echt Chevreau hochelegante Modelle Mk. 16,50, 14,50, 12,50, 10,50, 8,50, 7,50	6 ⁷⁵
Herren-Schnürstiefel, braun echt Chevreau Mk. 16,50, 12,50, 10,90, 9,50	8 ⁵⁰	Damen-Mode-Halbschuhe schwarz und braun Mk. 10,50, 8,50, 7,50, 6,75	5 ⁹⁰
in braun Boxcall „Original Goodyear Welt“	12 ⁵⁰	Lasting- u. Segeltuchschuhe, Turnschuhe, Sandalen, Hausschuhe, Kinderstiefel in enormer Auswahl, sehr billig.	

Conrad Tack & Cie. nur Schmeerstr. 1.

Schuhwaren-Fabrik BURG b. M. :: 125 Filialen :: Ueber 2000 Angestellte.

Gelegenheitskauf.

**Knaben- und Mädchen-
Robleder-Schulstiefel**
Größe 22 1/2 23 23 1/2 24 24 1/2
N. 1 2 2 1/2 2 3/4

Damenstiefel von u. abwärts
mit Lackkappe, moderne Form M.
Berrenstiefel 6"
April-22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31

**Knaben- und Mädchen-
mit Stahl-Hebel- u. Jagdstiefel**
Größe 22 1/2 23 23 1/2 24 24 1/2
N. 2 2 1/2 2 3/4 3

Gutermann & Co.

Mur 13/15 Gr. Ulrichstr. 13/15 Mur

Mitglied
des Rabatt-Spar-
Vereins.

Turnschuhe
braun u. grau
m. biegsamer Sohle
N. 1 1 1/2

**Größe Posten
Rind-Schalen**
N. 2 20 20 1/2 21
N. 3 20 20 1/2

Könnern.

Kino-Salon, Schützenhausaal.

Mittler Spielplan: **Sonntag.**
Diese Woche ein interessantes und spannendes Programm.
Eintritt jederzeit.
Sonntags von 2 Uhr nachmittags bis abends 11 Uhr.

Gerösteter Kaffee.

Alle diejenigen Hausfrauen, welche noch nicht Gelegen-
heit hatten, unsere gerösteten Kaffees zu probieren, bitten wir,
bei nächster Gelegenheit einen Versuch zu machen. Unsere

Hamburger Mischung,

Preis 1.40 Mk.,
repräsentiert in dieser Preisliste das Beste und ist un-
übertroffen im Geschmack, Aroma und Frischeigkeit.

Pottel & Broskowski.

Mitglied des Rabatt-Sparvereins.

Total-Ausverkauf

nur noch **10** Tage.

Die letzten Reste unserer Ware verschleudern wir jetzt
für nur 25 Pfg.

Darunter Artikel im früheren Preise von 3, 2 und 1 Mark.

Am Lager sind noch: Ringe, Broschen, Krawatten-Nadeln, Ohrhinge, Manschetten-
Knöpfe, Kolliers, Medallions, Herren- und Damenketten etc.

Ferner eine Anzahl bessere, hocheloge und moderne Schmucksachen.

Bijouterie de Paris,

Halle a. S., Grosse Ulrichstrasse 29.

Alle Zeichenartikel für Fortbildungsschüler, als:

Reihreiter, Reihzeuge, Schienen, Winkel, Zuzfäden,
Radlergummi, Pinzel, Bleistifte, Brettliniennern
empfiehlt in guten Qualitäten

Gustav Müller, Albrechtstrasse 46, Ecke Geiselstrasse.

Nur drei Worte!

Lorenz Billige Schuhwaren!

Schuhwarenhaus Lorenz, Leipzigerstr. 64.



**Grösste Auswahl,
billigste Preise.
Fertige Betten**

Gebets von 15 Mark.
5% Rabatt in Marken.

Ad. Mandelk,

Halle a. S., Alter Markt 3.

Ziehung bereits 22. u. 23. Mai 1911.

1
Mark
das Los.



1
Mark
das Los.

Zl. Magdeburger Pferde-Verlosung.

= Günstigste 1 Mark-Lotterie. =

2300 Gewinne im Werte von M. 57000.

1 Equip. m. 2 Pferden M. 6000	30 Fahräder M. 5100
1 Equip. m. 2 Pferden M. 4000	12 silb. Best. à 50 M. M. 1080
1 Equip. m. 2 Pferden M. 3000	100 silb. Best. à 15 M. M. 1500
1 Stadiv. m. 1 Pferd M. 2000	550 silb. Exaltollen à 4 M. M. 4400
20 Pferde M. 22000	1500 silb. Löffel à 5 M. M. 7500

sind zu haben, wo die bekannten
Lose à 1 Mk. Plakate aushängen.

Jugend

verleiht ein roliges, jugendfrisches
Kleid u. ein reiner, satter, schöner
Teint. Alles dies erzeugt die echte
Eckenpferd - Vitamint - Creme
von Bergmann & Co., Haberbusch
Preis à St. 50 Pf., ferner macht der
Hirnmitel - Creme Zahn-
paste und Zahnpasta in einer Nacht
weiß u. lammetweich. Tube 50 Pf. b.
Helmbold & Co., Leipzigerstr. 104,
F. A. Patz, Gr. Ulrichstr. 48,
Bruno Berthold, Gr. Steinstr. 68,
Fritz Müller, Talamstr. 48,
Ernst Jantusch, Leipzigerstr. 81,
Alfred Runkel, Reichenstr. 10c,
Rosen-Apothek, Triftstr. 29,
In Apotheken, Feilix Stoll.

!Rossfleisch!

Diese Woche wieder ff.
Alles übrige wie bekannt nur delikates!

A. Thurm, Reilstrasse 10.

Kaffee billig!

Jede Sparame Hausfrau pra-
schiere meinen geleg. geführten

Adler-Kaffee

1 B 70 u. 1 B 35 u.
Aug. Werschl, Reichenstr. 10a.

Möbel, Kleideret.

Schreibt. m. Aufs. 36 u.
hohe Bettstelle m. Matr. 38 u.
Sofa, Stühle, Stühle, Ausstat-
tungen, grosse Auswahl.

Karl Bieler, Albrecht- strasse 89.

Rucksäcke

für Damen, Herren und Kinder.

C. F. Ritter

Leipzigerstrasse 90.

Offene Stellen

aller Berufe
Leistungs- u. Verhältnisse
Societäts-Deutsche Vakanz-Post.
Kauflingen 15c.

Kräftige Packmädchen

sucht bei hohem Lohn
Wäsche, Fleischer.

Wer auf anständige Weise
leicht und viel Geld ser-
bienen will, möge mit seine
Brosche angeben.

F. Liebold, Sörbis-

Ständesamliche Nachrichten.

Halle-Süd (Steinweg 2) 27. April.
Aufgehoben: Salzwerker Wörzig
und Anna Wörsch (Unterplan 7).
Kaufmann Günter und Katharina
Ditt (Wartenstr. 18 u. Königstr. 81).
Brokuvit Reumann u. Margarete

Makulatur hat
abzugeben

Halle'sche Genossenschafts-Druckerei.




komplett, per Stück
4.2 - 3 - 4 - 5 - 6.50.

Zu allen Spülungen verwendbar man
„Cynin“.
Kataloge gratis, franco, ohne Aufwendervermerk.

C. Klappenbach, Halle a. S., Gr. Ulrichstrasse 41, II. Eing. am Kaulenberg.

Hoch zu werden. Den jetzt amtierenden Kassendirektoren wird man eine Dienstreise nach Unterfranken vorziehen, die so ausfallen wird, daß, wie in der Kommission gesagt wurde, die 5000 Sozialdemokraten sie nicht unterbrechen könnten. Nur wer eine „gute“ Wohnung hat, kann es in Franken zu etwas bringen. Häufigkeit und Lebenslage, also werden die Krankenkassenbesitzer in Zukunft aus den Reihen der Unteroffiziere entnommen werden, die als Politischen sich nicht eignen. Welcher Ton dann in den Krankenkassenbüros herrschen wird, kann man sich schon heute vorstellen. Die bedeutend höheren Verwaltungskosten haben natürlich die Versicherungsobliganten zu tragen. Alles in allem bedeutet die ganze „Reform“ eine nichterhebliche Verhöhung der deutschen Arbeiterbeiträge. Eine Verschärfung der famosen „Ordnung“ gegen aufstrebende Organisationen werde ja leider nicht mehr möglich sein, dafür gelte es aber Nachse zu üben bei der nächsten Wahl. Lebhafter Beifall wurde dem Redner zuteil. In der Diskussion zeigt der Vorsitzende des Krankenkassenverbands, A. B. E., daß den Krankenkassen schon heute der Gehalt gemacht werden kann. Redner geht dann auf den vom hiesigen Magistrat den Krankenkassen

strukturierten Zwangsbeitrag

und erklärt, daß die Krankenkassen der Buchdrucker die von den Krankenkassen gegen diesen Zwangsbeitrag gestifteten Vereinbarungen durchbrochen haben und den gestifteten Beitrag an den Arbeitgeber zu leisten bereit sei. Das sei ein höchstschmerzliches Ereignis. Der Beitritt des Krankenkassenverbandes sei aber noch folgendes Schicksal in die Hände gefallen:

„Während den beiden Unterzeichneten wird hiermit folgendes verbindlich:

Bei Behandlung von Krankenkassen haben die Universitätspolitischen folgendes genau zu beachten:

1. Es darf nur gegen Vorweisung des Krankenscheins behandelt werden (s. Tarif im Vertrag mit dem Magistrat).
 2. Es muß über die ärztlichen Leistungen ein besonderes Buch geführt werden, daß die in Nr. 4 vorgesehene Abrechnung möglich ist.
 3. Die Rechnungen über die Leistungen müssen bis zum 10. Tage des ersten Monats bei der Kontrollkommission eingereicht werden.
 4. Die Politischen sind berechtigt, für die aus der Behandlung erwachsenen Kosten zu liquidieren, verzichten aber im übrigen auf die Honorierung ihrer ärztlichen Leistungen zum Gunsten der Kasse der Kontrollkommission.
 5. Die Politischen sollen am nächstmöglichen Termin auch zur Behandlung von Mitgliedern der Kasse zugelassen werden, mit denen bereits Freie Kreiswahl vereinbart ist.
- Gez. Prof. Dr. W. Schmidt.
Dr. W. Kühner.“

Das heißt mit anderen Worten: Eine staatliche Behörde verzichtet auf die ihr zuzurechnenden Honorare und führt dieselben in die Kasse des Zeitigen Arbeitgeberverbandes ab. Ein solches Gebaren sei einzig dastehend. Buchdrucker Rat bezieht auf das entscheidende, daß die Buchdruckerkrankenkasse die Vereinbarungen durchbrochen habe. Ihm als Vorstandsmitglied sei nicht das mindeste bekannt. Entweder beruhe die ganze Sache auf Erfindung oder der Vorstand sei falsch informiert worden.

Genosse Schönbekel betonte, daß die Versicherten bei der kommenden großen Abrechnung ihren Mann stehen müßten, damit die Herrschaften bemerkt würden, wie solche Gesetze auf die Arbeiter wirken. Zum Schluß brachte er folgende Resolution

zur Beratung, die einstimmig Annahme fand:

Die am 27. April in Halle a. S. im Volkspark tagende Versammlung von Versicherten und Arbeitgebern erklärt zur Kommissionierung der Reichsversicherungsordnung:

1. Die Ausdehnung der Versicherungspflicht, obgleich bei weitem unzureichend, ist zu begrüßen. Aber die Art der Versicherung in den Krankenkassen muß lebhaften Widerspruch hervorrufen, weil die neuen Gruppen Versicherten in materieller wie ideeller Beziehung zu Versicherten zweiter Klasse gemacht werden.
2. Die auch ferner zulässige Verpflöchterung der Krankenkassen hemmt eine gute Entwicklung derselben, bezw. macht sie unmöglich. Selbstherrlichen Unternehmerinteressen und einer verzerrten Mittelstandspolitik dienen die Interessen der Versicherten auf keinen Fall geopfert werden. Der ganz unbegründeten Begünstigung der Betriebs- und Jugendkassenkassen steht die brutale Vernichtung der sozialen Mittelkassenkassen, die als historische Träger der Krankenversicherung Großes geleistet haben, gegenüber.

2. Die Versicherungspflicht fordert im Interesse der Volksgesundheit die freie Familienunterstützung als Pflichtleistung der Kassen. Solange diese nicht gewährt wird, bleiben alle Mittel zur Gebung der Volksgesundheit ohne durchgreifenden Erfolg.

4. Die Versammlung beauftragt, daß man nicht vermochte, die Frage in einer Weise zu regeln, die den Kassen und Vergütungen in gleicher Weise gerecht wird. Der letzte Kommissionsbeschluss, alles beim alten zu lassen, bedeutet die fernere Auslieferung der Kassen an den Zeitigen Arbeitgeberverband.

5. Die vorgeschlagene Regelung der Apothekerfrage, welche den Krankenkassen das Bestimmungsrecht über den Bezug der Arzneien hindert, muß als völlig verfehlt Mittelstandspolitik, deren Kosten die Kassen tragen, verworfen werden.

6. Den schärfsten Widerspruch ruft die Absicht hervor, den Versicherten den maßgebenden Einfluß auf die Kassenverwaltung zu rauben, den sie mehr als 20 Jahre bejahen, den nur allein die bisherige Entwicklung der Kassen zu danken ist. Nur die Arbeitskassen kann die Gründe für den beschriebenen Raub der Selbstverwaltung begründen.

7. Die Einführung doppelter Mehrheiten bei der Wahl des Kassenvorstandes, der Anstellung von Beamten, der Veränderung der Satzung und dergleichen wird das langjährige gute Verhältnis zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern brutal zerstört. Das aber ist geeignet, die Krankenkassen unter die längst erstirbte Herrschaft der Autorität zu bringen, und damit nicht nur die Rechte der Arbeiter, sondern auch die der Arbeitgeber lahmzulegen. In die Krankenkassen aber wird dadurch ein Kampf getragen, der nicht vorübergehend, sondern dauernd mit den schärfsten Mitteln geführt werden wird. Seine üblen Folgen werden nicht eine bestimmte politische Partei, sondern alle Arbeiter ohne Parteipolitik treffen.

8. Die Neuregelung der Beamtenfrage ist nicht nur ein trauriger Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht der Kassen, sondern auch eine rigorose und ungerechte Kasierung, wachmorbener Rechte der einzelnen Beamten.

9. In der Unfallversicherung bleiben die Versicherten auch ferner von der Verwaltung und der Rentenfestsetzung völlig ausgeschlossen. Die Leistungen werden nicht aufgebessert, und der Rechtszug wird durch Einschränkung des Rechtsrechts verkirrt.

10. Die Versammlung erhebt dagegen ganz energisches Einspruch, daß den Landesversicherungsanstalten die Übernahme des vorübergehenden Fehlverfahrens erschwert bzw. eingeschränkt werden soll. Das ist ein realitätsfremder Vorstoß gegen den besten Teil der bisherigen Invalidenversicherung. Die Verhütung der Invalidität, die Bekämpfung von Krankheiten, vor allem der Tuberkulose, muß in Zukunft noch mehr als bisher Aufgabe der Versicherungsanstalten sein. Sehr zu bedauern ist, daß die Gewährung der fimmerlichen Altersrente nach wie vor erst vom 70. Lebensjahre ansetzt, wie beantragt, vom 65. Lebensjahre erfolgt.

11. Als eine Verhöhnung der Arbeiterkassen muß es angesehen werden, in welcher Art und Weise die Invalidenversicherung erfolgen soll der einzelnen Beamten. Das nur den invaliden Witwen Witwenrente und den selbstverschuldeten Witwen Witwenrente gewährt werden soll, kann nur verblüffend wirken. Reich, Staat und Gemeinden, ja selbst die Arbeitergenossenschaft lennen solche Einschränkung nicht.

Die Versammelten erlösen den Soßen Reichstag, in diesem Sinne die Reichsversicherungsordnung umzuwälzen oder dieselbe abzulehnen; Die Versicherten verlangen wirkliche Reform; sie protestieren nachdrücklich gegen Beschränkungen der Leistungen und Rechte.

Die Leitung der Versammlung wird beauftragt, diese Resolution dem Reichstage zu übermitteln.

Die Arbeiterfreundlichkeit der Halleischen Maschinenfabrik wird durch einen in dieser Sitzung bekanntgegebenen Anschlag in recht eigenartiger Weise gezeigt. Bekanntlich ist auch in diesen Betrieben die Verkürzung der Arbeitszeit auf 57 Stunden pro Woche erreicht; obwohl die Firma durch allerlei Maßnahmen das zu verhindern gesucht hat. Unfräglich erklärte man den vorliegend verhandelnden Kommissionen, sie hätten nicht die Mehrzahl der Arbeiter des Betriebes hinter sich. Als sich

die Arbeiter nicht ihre eigenen Interessen, wurde eine geheime Abstimmung vorgenommen, wobei jedoch eine große Anzahl Arbeiter nicht mit abstimmen durfte, weil diese nach Ansicht der Direktion für die Verkürzung stimmen würden. Man hat also die Abstimmung vorgenommen, in der sicheren Erwartung, daß nach der Entziehung eines großen Teils der Arbeiter die Mehrzahl der anderen gegen die Verkürzung stimmen würde. Da das alles nichts fruchtete, hat man sich zur Verkürzung der Verkürzung bequemen müssen. Bekanntlich versucht man die Arbeiter der Halleischen Maschinenfabrik durch folgenden Anschlag zu schikanieren:

Bekanntmachung.

Wir bringen hierdurch in Erinnerung, daß nach Absatz 3 unserer Fabrikordnung jeder Arbeiter verpflichtet ist:

1. so zeitig an seiner Arbeitsstelle zu erscheinen, daß er mit der Glasreinigung, das durch die Dampfheize bereit wird, seine Arbeit aufnehmen kann;
 2. die Arbeit nicht früher niederzulegen, als bis die Dampfpreise das Zeichen dazu gibt.
- Diese Vorschrift gilt nicht nur für Anfang und Ende der Arbeitszeit, sondern auch für die dazu liegenden Pausen, Frühstücks- und Mittagspausen. In der Mittagspause haben alle Arbeiter, mögen sie die Fabrik verlassen oder nicht, die Kontrollnummern in den Pausenlisten in der Portierskabine abzugeben. Beim Wiederbeginn der Arbeit um 1 1/2 Uhr sind sie dort wieder zu entnehmen und dann in die Kassen der einzelnen Werkstätten zu hängen. Pünktlich um 6 Uhr morgens und um 1 1/2 Uhr mittags werden die Eingangskasse geschlossen. Zurpfortkommende werden mit den in der Arbeitsordnung festgesetzten Strafen bestraft. Die in den Pausenlisten abzugeben sind, die gestrichelte Kantine des Volkshausgebäudes ist morgens bis spätestens 1/2 Uhr und mittags bis spätestens 1/2 Uhr zu verlassen. Die Wasserstoßapparate sind in Zukunft nur vor Beginn der Arbeit, also bis 6 Uhr früh und in den Pausen von 8-1/2 Uhr, sowie von 12-1/2 Uhr geöffnet; während der Arbeitszeit bleiben sie geschlossen. Nur bei Überstundenarbeit werden die Apparate nachmittags 6 1/2 Uhr nochmals auf kurze Zeit geöffnet.

Halle (Saale), 24. April 1911.

Halleische Maschinenfabrik und Eisenwerkerei.

(18.) V. D. D. (18.) D. D.

Der Direktor der Halleischen Maschinenfabrik ist Herr Häbiger. Die Unterzeichneten sind andere Leute. Wir gestatten uns daher die Frage aufzuwerfen: Weiß Herr Häbiger etwas von dieser letzten Anschlag? Ist er mit ihm einverstanden? Eine Fabrik, die 30 und noch mehr Prozent Dividende jährlich auswirft, verbietet ihren Arbeitern — die noch dazu zum größten Teil in Akord arbeiten —, fünf einige Minuten vor den Pausen etwas Kaffee zu trinken, damit er in den Pausen genossen werden kann und nicht zu heiß ist. Aber auch die anderen Bestimmungen des Anschlages müssen den Arbeitern ein eigenartiges Gefühl beibringen von der so oft gerühmten Arbeiterfreundlichkeit der Halleischen Maschinenfabrik. Wieviel äußert sich Direktor Häbiger noch selbst dazu. Den Arbeitern rufen wir aber zu: Holt ihr euch gegen solche Maßregeln wehren können, so organisiert euch, schließt euch dem Metallarbeiter-Verbande an!

Das Rauchen in Versammlungen und Zusammenkünften

wird, so schreibt der Vormünder, von den Besuchern und Rednern recht unangenehm empfunden. Verdrückte Luft erschwert dem Redner das Sprechen, stellt auch an die Hörer größere Anforderungen, als wenn die Worte des Redners durch reine Luft an das Ohr der Hörer gelangen können. Schlimmer als auf die Person des Redners wirkt die verunreinigte Luft auf die Besucher. Viele sind im Kampfe um das Wort, durch lange Arbeitszeit und schlechte Ernährung ermüdet, die Lungen sind angegriffen. Sie haben aber die Energie und die Ueberzeugung, nur in gemeinschaftlicher Besprechung mit Klassengenossen ihre Lage zu verbessern oder ihr Ziel zur Erringung politischer Rechte und Freiheiten beizutragen oder aber sich weiterzubilden. Auf diese Versammlungsbesucher wirkt verdrückte Luft wie Gift und schädigt ihre erschütterte Gesundheit nur noch mehr. Vor allem empfinden Nichtraucher den Tabakqualm als eine starke Belästigung. In den letzten Jahren ist es infolge der Veränderung der Vereinsgesetzgebung auch den Frauen gestattet, Mitglieder politischer Vereine zu sein. Sollen die Frauen aufgeführt werden, müssen auch sie in den Versammlungen und Zusammenkünften kommen. Aber Frauen sind Nichtraucher. Gerade sie empfinden es als eine Pein, einige Stunden in verunreinigter Luft zubringen zu müssen. Durch das Rauchen in Versammlungen und Zusammenkünften wird den Frauen der Versammlungsbesuch direkt verleidet, weil viele von ihnen diesen Besuch am liebsten mit Unbehagen und Kopfschmerz begehren müssen.

Nun hat sich ja die Ueberzeugung von der Schädlichkeit des

Herren-Jackett-Anzüge, ein- und zweireihig.
Herren-Sommer-Paletots, Ulster, Raglans.
Herren-Sport-Anzüge, Mäntel, Regenröcke.
Damen-Sport-Kostüme, Ulster, Pelerinen.
Knaben- und Kinder-Anzüge, Waschblusen-Anzüge.
Vornehme Mass-Anfertigung.

Stroh- und Filzhüte, Krawatten, Wäsche, Schirme,
 Stöcke, Gamaschen, Rucksäcke etc.

Endepols & Dunker Halle a.S.
 Gr. Ulrichstrasse 19.

Walhalla-Theater
 Direktor u. Besitzer: Paul Stübgen.
 Novität! **Größter Lacherfolg!** Anfang 8 Uhr:
Sein Sündenregister od. **Die betrogen. Ehemänner.**
 Schwank mit Gesang in 3 Akten von Fritz Friedmann.
 Vorher: **Eine fidele Kiste** oder **Die Generalprobe.**
 Lustspiel mit Gesang und Tanz in 1 Aufzuge von E. Braune.
 Sonnabend: **Sein Sündenregister**, vorh.: **Eine fidele Kiste.**

Germania-Theater,
 Kellstrasse 133.

Trojas Fall
 unter Mitwirkung von 800 Personen. — Spielbauer 45 Minuten.
 Von Sonnabend den 29. April bis Dienstag den 2. Mai.

Gewerkschafts-Kartell Delitzsch und Umgegend.
 Sonnabend, den 29. April, abends 8 1/2 Uhr
 im „Lindenhof“

Grosse öffentl. Gewerkschafts-Versammlung.
 Tagesordnung:
Die Frau als Berufsarbeiterin.
 Referentin: Frau Dr. Gradnauer, Dresden.

Ges. ist Blicke aller gewerkschaftlich organisierten Genossen und Genossinnen, insbesondere derjenigen, welche in der Tabakfabrik beschäftigt sind, zu erscheinen.
Der Kartellvorstand.
 F. A. F. Sachse.

Neu eröffnet.
95 Pf. Bazar 95 Pf.
 21 Grosse Ulrichstrasse 21.
Geschenke und Wirtschafts-Artikel.
Sommer-Spielwaren!
 Unerreicht an **Geschmack — Auswahl — Qualität.**
 Ohne Ausnahme jedes Stück **95 Pf.** jedes Stück.
 Täglich Eingang von Neuheiten.
 Späterer Zutritt.

Praktische Spargelheber empfiehlt **C. F. Ritter** G. m. b. H. Leipzigstrasse 30.
Spazierhüte empfiehlt in neuesten Modellen billigst **Kraus Karas jun., & Leipzigerstr. 4.**

Jedem Arbeiter
 sei die soeben im Verlage der Volksbuchhandlung, Halle, erschienene Broschüre vom Arbeitersekretär **Friedrich Klees** empfohlen:
Die Sozialpolitik der Sozialdemokratie.
 Gerade über die Sozialpolitik der Sozialdemokratie herrscht noch in den weitesten Kreisen der Arbeiterklasse Unklarheit. Da bei den nächsten Wahlen von der Feindseligkeit der Sozialdemokratie der Sozialerhebung gegenüber jedenfalls reichlich kolportiert wird, ist es notwendig, daß sich jeder Arbeiter über dieses Gebiet orientiert.
Die wertvolle Schrift kostet nur 25 Pfennige.
 Untenstehenden Bestellschein bitten ausgefüllt an den Ausdräger abzugeben, der die Broschüre schnellstens besorgt.
Bestellschein
 auf 1 Fremdfar
Die Sozialpolitik der Sozialdemokratie
 von Fr. Klees, zum Preise von 25 Pf.
 Name _____
 Ort _____ Straße Nr. _____

Volkspark
 Telefon 1107. Motto: Im eigenen Lokale fühlt man sich am wohlsten.
 Sonnabend den 29. April 1911
Frühlingsball vom Verband der Schneider.
 Sonntag den 30. April 1911
Vergnügen vom Vereinigten Kegelklub.
 Abends:
 Grosse Unterhaltungs-Musik in sämtlichen Restaurationsräumen.
 Freitags und Sonnabends
stets frische Pökelknochen.
 Hierzu ladet freundlichst ein **Die Geschäftsleitung.**

Bekanntmachung.
 Die Übungsfunden der Nord-Abteilung des I. Halleischen Athleten-Klubs finden von Sonnabend den 29. April an nicht mehr im Volkspark statt, sondern in der **Neumarkt-Bierhalle bei Schnelle, Breitstr. 8.** Die Übungsfunden der Süd-Abteil. Dienstags und Freitags bei **Fr. Sachse, Glauchaer Schützenhaus.**

Naturheilverein Prießnitz E. V.
 hält am Sonnabend d. 29. April, abends 8 Uhr im Burgtheater, **Salle-Roch, fein**
zwölftes Stiftungsfest
 ab, wozu die Mitglieder ergebenst einladet **Der Vorstand.**
Paradies. „Sportklub Normania“
 Sonntag den 30. April, nachmittags 4 Uhr:
Erster Wettkreit.
 Nach diesem **BALL.**
 Um abzutreiben Verluh bittet **Der Vorstand.**

Weltbadewanne N. 24⁵⁰
 Geldersparnis. Passend für alle Körper. Raumersparnis. Allein-Verkauf für Halle a. S.
Volksbadewanne N. 11⁵⁰
 Sitzbadewannen, Kinderbadewannen, Fussbadewannen.
Burghardt & Becher
 Leipzigerstr. 10. — Mitglied d. Rab.-Spar.-Ver.

Keine Schreierrol sondern Tatsache ist es,
 dass Sie **Herren- u. Knaben-Anzüge** sowie einzelne **Jackets, Hosen u. Westen** aus nur **besseren Stoffen** modern u. gut gearbeitet, ferner **Arbeiter-Garderobe** für alle Berufe, nur **dauerhafte Ware**, am **billigsten** kaufen im
Ausverkauf bei
J. Rogozinsky,
 Markt, im roten Turm, dem Siegesdenkmal gegenüber.

Saale-Dampfschiffahrt!
 Sonnabend, 29. April, nach **Neu-Ragoczy** 3 Uhr nachm., Rückfahrt 6.30 Uhr abends.
 Sonntag den 30. April, 2 Fahrten **Neu-Ragoczy-Wettin**, 9 Uhr vorm., 3 Uhr nachm., Rückfahrt 11.30 vorm., 6 Uhr abends, 2 Fahrten **nach Neu-Ragoczy** 8.30 Uhr nachm., 3 Uhr abends, Rückfahrt 8.30, 12 Uhr nachts.
 Abends 8 Uhr **grosse Konzertfahrt nach Neu-Ragoczy**, Rückfahrt 12 Uhr.
 Desgl. von **Peissnitzbrücke nach Bergschänke** und **Saalschlossbrunnerei** Konzertfahrten jede Stunde
 Rückfahrten ab **Bergschänke** 9, 10, 11, 12
 Um Mitternacht **grosse Beleuchtung der Burg**, in **Neu-Ragoczy** **grosse Konzerte.**
 Fahrpreise nach **Neu-Ragoczy** 4 Person 40 Pf.
Peissnitzbrücke-Bergschänke 20
 Die Fahrpreise sind nur für die Abendfahrten.
 Mit Hochachtung **Karl Sommer.**

Maien-Sträuschen
 kauft sich jeder, der an der **Maifeier** teilnimmt bei der **Partei-Veteranin.**
Strohbüchlinge 10 Stk. 20 Pf.
Vollheringe 6 Stk. 25 Pf.
Pfeffergurken 3 Bünde 30 J
Sauer Kohl prima 3 Bünde 5 J
Zwiebeln 5 Bünde 45 J
Leinw. Allerlei 2 Bünde 48 J
Pilo 3 Schachteln 25 J
Gebr. Gerste 3 Bünde 14 J
Echter Malzkaffee 1 Bünde **Balet** 25 J
Preißelbeeren 3 Bünde 32 J
Bohnen, weiße 3 Bünde 15 J
Ernst Weinhold
 Mitglieds des Rab.-Spar.-Vereins am Markt Rathausstr. 6 Fernr. 1006.

Wohnungs-Einrichtungen
 in nur solider Ausführung zu **1.400 500 600 700 800** etc.
 empfiehlt
G. Schaible,
 Gr. eigne Werkstätten, Gr. Märkerstr. 26.
 Kataloge gratis und franco.

Achtung! Achtung! Fahrräder
 werden fachgemäß repariert, einoliert und benzinleitet bei **Otto Hänisch, Turmstr. 156.**
 Auf Wunsch werden Räder abgeholt u. sofort wieder ausgeliefert.
Klinge Frauen
 feine Brotpret-Brotbackenführung, Dankfärberei und Brodbenützel Dr. Wons-Rulver bei Einlieferung von 20 Pf. Marke gratis. — Bitte auszuweisen. — **H. Löffler, Dresden 57, Wettinplatz 1.**

Apollo-Theater.
 Direction: Gustav Peller.
Nur noch wenige Tage!
Polnische Wirtschaft.
 Waudvilie-Bosse m. Gefang und Tanz in 8 Akten von Kraus und Skonkowski Musik von Jess Gilbert.

Stadttheater Halle.
 Direction: Dr. Hans H. Richards. — Fernruf 1151.
 Sonntag den 29. April: 216. Vorstellung i. Ab. 4. Stiel. **Beck's für den Bassisten Georg Thilo.**
 Geleit: **Ellen Thilo-Lachmann.**
Die Regimentstochter.
 Komische Oper in 2 Akten von G. Donizetti.
 Hierauf:
Der Vetter.
 Lustspiel in 3 Akten von Robert Venedig.

Sonntag den 30. April: Nachmittags 3 1/2 Uhr: 24. Fremden-Vorstellung zu ermäßigten Preisen: **Sechs Opern - Vorstellungen. Königskinder.**
 Musikmärchen in drei Bildern von Engelbert Humperdinck. Abends 8 Uhr: 217. Vorstellung i. Ab. 1. Stiel. **Sechs Operetten - Vorstellungen. Der Botselständer.**
 Operette in 3 Akten von Carl Blücher.

Es ist eine Freude
 unseren **Edeka-Kakao** zu verkaufen, denn **jedermann lobt die Qualität.**
 Nr. 1 rote 1/4 Pfd. 80 Pf. 1/2 Pfd. 40 Pf.
 2 grüne 1/4 Pfd. 70 Pf. 1/2 Pfd. 35 Pf.
 3 blaue 1/4 Pfd. 60 Pf. 1/2 Pfd. 30 Pf.
Losor Kakao Pfd. 75 Pf.
 garantiert rein
 Zu haben bei unseren Mitgliedern, kenntlich an unserem Firmenschild.
Einkaufsverein der Kolonialwaren-Händler.
 E. G. M. & H.
Eierbecher
 in Nickel und Porzellan
C. F. Ritter G. m. b. H. Leipzigstrasse 30.
Jede Mutter
 besahre ihr Kind vor **Stropheln, eogl. Krankh., Ansohlag** durch **Magen von**
Medicinal-Lebertran-Ernulson.
 Bester Extraktungs-Lieferungsmittel. **Erstherbeist das Finken.**
 Flasche 1 Mk. und 2 Mk.
Max Rädler, Drogerie, Marktstrasse 21.
 Partialschriften empfiehlt die **Volksbuchhandl.**

Alle die Anzeigen... (Small print text at the bottom of the page)

Zwei Parteitage.

Unser Londoner Korrespondent schreibt uns vom 22. April: Die Parteitage der beiden Richtungen des englischen Sozialismus, die soeben abgehalten worden sind, beanspruchen eine große Bedeutung. Wichtige Streitfragen sind zur Entscheidung gelangt, neue Tendenzen, die einen bleibenden Einfluß auf die Weltbewegung ausüben werden, sind zum Vorschein gekommen. Auch die Unterschiede und Gegenläufige, die die beiden Richtungen von einander trennen, sind auf den beiden Kongressen zutage getreten. Schon der äußere Eindruck, den die beiden Kongresse darboten, war lehrreich. Die Versammlung der sozialdemokratischen Partei (S. D. P.) in Coventry fand in einem bescheidenen Saale statt, die Zahl der Delegierten war, zum Teil aus organisatorischen Gründen, verhältnismäßig gering, und unter ihnen befanden sich nur zwei oder drei Frauen, und mit ganz wenigen wohlhabenden Ausnahmen gehörten sie alle zur Arbeiterklasse. Die J. L. P. tagte im Katharine der allergrößten Stadt des vereinigten Königreichs und doch konnte der große Saal die Zahl der Delegierten, unter denen sich eine beträchtliche Zahl von Journalisten und Barrern, Advokaten und Ärzten, sowie viele Frauen befanden, kaum fassen. Urteilten man nach diesem Eindruck, so ist die S. D. P. eine kleine Arbeiterbewegung, die auf die fortschrittlich gestimmten Antellektuellen wenig Anziehungskraft ausübt, die J. L. P. dagegen eine viel größere und mächtigere Partei, die eine große Zahl von Personen aus dem Mittelstande in sich aufzunehmen vermag. Die Debatten und Beschlüsse weisen auf einen ähnlichen Gegensatz hin. Sowohl die Vorzüge wie die Schwächen beider Organisationen stechen im wesentlichen aus einem großen Unterschiede. Die S. D. P. steht abseits der großen Bewegung des englischen organisierten Proletariats, und ihre Vertreter sind noch nicht ins Parlament eingedrungen. Sie bekennt sich deshalb eine gewisse theoretische Schärfe oder Strenge, kann gewissen Gefahren des Opportunismus mit Leichtigkeit entgegen verfallen, aber durch ihre Fernheit von der Wirklichkeit der Arbeiterbewegung und des politischen Kampfes ebenso leicht in andere Fehler. Genau das Gegenteil gilt von der J. L. P., die mit der politischen Bewegung der Gewerkschaften untrennbar verknüpft ist und deren Vertreter im Parlament die natürlichen Führer der Arbeiterfraktion sind. Die S. D. P. ist die ältere Organisation, sie wächst sehr langsam, wenn sie nicht gar bei einem verhältnismäßigen Stillstand angelangt ist. Man gewinnt den Eindruck, als ob sich der Bewegung eine gewisse Müdigkeit bemächtigt, Führer und Mitglieder können nicht umhin, ihre Unzufriedenheit über die Langsamkeit des Fortschritts auszudrücken, aber die Gründe dafür werden überall nur nicht in den eigenen Methoden gesucht. Die J. L. P. stellt die jüngere, theoretisch außerordentlich schwach durchgebildete Bewegung dar, die wenigstens bis vor kurzem und namentlich seit der Gründung und ihrem Aufstieg an die Arbeiterpartei sehr rasche Fortschritte gemacht hat. Sie ist mit einem großen Selbstgefühl ausgestattet, glaubt, durch ihre „konstruktiven“ parlamentarischen Methoden Wunder verrichten zu können. In Wirklichkeit aber beginnt sie eigentlich erst jetzt, sich zu finden, ihre Rolle in der Bewegung, ihre Aufgaben und ihre Kräfte erst nach und nach zu erkennen. Ihre organisatorische Einheit mit der großen Arbeiterbewegung ruht ihr den äußeren Fortschritt und die innere Festigung. Nur schade, daß sie in dieser Arbeiterbewegung die verantwortungsvolle Rolle des Führers zu übernehmen hat, für die sie theoretisch und organisatorisch heute noch schlecht ausgestattet ist. Aus diesen Unterschieden ergibt sich auch, daß den Beschlüssen der J. L. P. eine ungleich größere praktische Bedeutung zukommt als denen der S. D. P. Die letzteren bleiben auf die verhältnismäßig unbedeutende S. D. P. beschränkt, die Entscheidungen der J. L. P. dagegen beeinflussen in großem Maße die Tätigkeit der Arbeiterpartei, die Stellungnahme der Vertreter des Proletariats im englischen Parlament.

In Coventry verbandte die Debatte über den Militarismus und die Rüstungen die größte Beachtung. Es gelang Hyndman und Quail mit großer Mühe, eine knappe Mehrheit für ihre Resolution zu bekommen. Das ist gewiß sehr bedauerlich, denn damit werden die Seitenhiebe einzelner Personen zur verfehlten Politik einer ganzen Fraktion. Die praktische nationale und internationale Bedeutung des Beschlusses ist jedoch sehr gering. Denn die S. D. P. hat keinen einzigen direkten Vertreter im englischen Parlament und sein Arbeitervertreter anerkennt die Beschlüsse der S. D. P. als ihn irgendwie bindend an. Die J. L. P. dagegen, die für die Stellungnahme der Arbeiterfraktion im Parlament maßgebend ist, hat in Birmingham so gut wie einstimmig die Rüstungspolitik verurteilt und sich vollständig auf den Standpunkt der Arbeiterbewegung gestellt. Aber auch die S. D. P. ist weit entfernt davon, den Standpunkt Hyndmans einmütig

über kritischlos zu teilen, und man darf hoffen, daß die betreffenden Genossen die Abstimmung nicht als eine Zustimmung der S. D. P. zu ihrer Agitation auffassen werden. Die Flottenstimmigkeit Hyndmans erscheint in der Resolution in einer sehr verwässerten Form. Diese verlangt beispielsweise nur eine Flotte zur nationalen Verteidigung, während Hyndman den Standpunkt vertritt, daß England auch die Pflicht habe, die Unabhängigkeit Hollands, Belgiens, Dänemarks und der Schweiz zu schützen. Aber selbst diese Resolution, die noch überdies vorgibt, mit den Beschlüssen der internationalen Kongresse im Einklang zu sein, konnte nur eine so geringe Mehrheit auf sich vereinigen. Wenn man noch bedenkt, daß sich die meisten Delegierten gewiß nur sehr ungern gegen ihre alten und verehrten Führer gewandt hätten, auch wenn sie ihre Politik nicht billigen, so wird man zugeben müssen, daß die Abstimmung in Coventry schwerlich dahin geäußert werden kann, daß die S. D. P. als Partei die jüngstige Seite gegen Deutschland mitmachen oder die Rüstungspolitik der englischen Regierung aufheben will. Sichtlich werden Hyndman und das Proletariat der S. D. P. sich dies vor Augen halten und es so vermeiden, daß dieser erste scharfe Angriff gegen ihre Kriegspolitik auf der nächsten Jahreskonferenz von einer entscheidenden Niederlage gefolgt werde.

In Birmingham war es die Debatte über die Taktik der Arbeiterfraktion, der die größte Bedeutung zukommt. Der Mangel theoretischer Klarheit in der J. L. P. bringt es mit sich, daß die Resolution und Gegenresolution die innerhalb der Partei bestehenden Differenzen meist erraten lassen als ausdrücken. Die von den Abgeordneten Jewell und Lansbury unterhielt und von Macdonald bestrafte Resolution, wonach die Arbeiterfraktion im Inneren ohne Rücksicht auf etwaige Folgen nur nach sozialen Erwägungen handeln möge, ist so ungeschickt formuliert wie nur möglich; keine sozialistische Partei könnte sich wohl in dieser strengen Weise binden lassen. Aber sie drückt aus, daß eine Anzahl von Unterhausmitgliedern mit der bisher eingeschlagenen Taktik der Arbeiterfraktion sehr unzufrieden ist und mit aller Macht auf eine entscheidendere, revolutionäre Taktik hinbringt. So wurde die Resolution auch von den Delegierten aufgesetzt, und aus diesem Grunde fand sie einen so großen Anhang bei der Konferenz, daß eine Abstimmung mehrheitlich ihren Sieg ergeben hätte. Aber die Resolution und die Verprechung haben noch eine andere Bedeutung. Sie zeigen, daß sich die Junglingsperiode der englischen Arbeiterpartei, wo sie den parlamentarischen Kampf vollauf beizugehen hat, bereits ihrem Ende nähert. In der Resolution wie in der Debatte klang immerwährend die bittere Klage durch, daß das englische Parlament als Werkzeug zur Durchführung wichtiger politischer, sozialer und administrativer Reformen einen außerordentlich geringen Wert besitzt, die überragende Macht des Kabinetts, die Mächtig der Geschäftsordnung vereiteln alle Bemühungen der Abgeordneten, etwas Ordentliches zu leisten. Das ist ein anderes Lied, als man es bisher gewohnt war und als es noch in der diesjährigen Eröffnungsrede des Präsidenten Anderson, der übrigens nicht im Parlament sitzt, immerfort durchklingt. Das vorgeschlagene Mittel hat wenig Wert, aber der Anfang der Erkenntnis ist nur zu begrüßen. Zu einer Abstimmung kam es, wie gesagt, nicht, aber soweit die bisherige Taktik der Fraktion auf der Anklagebank stand, ist zu hoffen, daß die Debatte nicht ohne gesunde Folgen sein wird. Diejenigen Fraktionsmitglieder, die sich viel mehr als Liberale denn als Arbeitervertreter fühlen, haben Dinge zu hören bekommen, die ihnen gewiß zu denken geben werden. Sie werden schon im Interesse ihrer Selbsterhaltung in Zukunft etwas mehr Rücksicht auf die Gefühle der vorwärtsstrebenden Elemente der Arbeiterpartei nehmen müssen. Willentlich ist auch die Hoffnung Keir Hardies berechtigt, daß die Arbeiterpartei nunmehr des Schlimmsten überhoben hat, und daß ihre Unabhängigkeit in Zukunft nicht mehr auf so harte Proben gestellt werden wird. Nebenfalls ist nicht zu verkennen, daß die entschiedenen sozialistischen Elemente in der Arbeiterpartei neuerdings viel stärker zur Geltung gelangen als früher.

Als ein Ergebnis der Tagung in Birmingham ist das sozialistische Tagesblatt nun endlich in Sicht. Die ungeheure Bedeutung dieser Frage ist so oft erörtert worden, daß hier nicht wieder darauf eingegangen zu werden braucht. Keir Hardie, dem die englische Arbeiterbewegung schon so viel zu verdanken hat, will nicht ruhen, bis diese alte Hoffnung erfüllt ist. Die Konferenz von Birmingham hat ihm nun die materielle und organisatorischen Möglichkeiten der J. L. P. zu diesem hohen Zwecke zur Verfügung gestellt, und die Hoffnung ist nunmehr berechtigt, daß das Tagesblatt Wirklichkeit sein wird, noch ehe ein Jahr um ist. Noch ein Wort zur Frage der sozialistischen Einigkeit. Coventry hat völlige Klarheit darüber verschafft, daß die S. D. P. nichts fernlicher herbeiwünscht, als eine Einigung mit der J. L. P. In Birmingham kam die Frage jedoch wegen Zeitmangels nicht zur Erörterung. Es ist indes klar, daß die

J. L. P. ihrerseits von einer Einigung mit der S. D. P. nichts wissen will. Der Grund dafür liegt auf der Hand und scheint uns auch durchaus stichhaltig. Für die J. L. P. ist die organisierte Zusammengehörigkeit mit der Arbeiterpartei ihr eins und alles. In Coventry aber sind für den Beschluß des Anschlusses der S. D. P. an die Arbeiterpartei ganze vier Stimmen abgegeben worden. Wie soll da eine Verästelung der beiden Fraktionen möglich sein? Die S. D. P. behauptet zwar, die Frage der Verschmelzung der beiden Fraktionen habe mit ihrem Verhältnis zur Arbeiterpartei nichts zu tun, aber dies ist auch so ein Beispiel der Vogelkaffee-Politik, die der S. D. P. auch auf anderen Gebieten schon so viel geschadet hat. Das Verhältnis zur Arbeiterpartei ist eben die entscheidende Frage. Vorausgesetzt, daß eine Vereinigung der beiden sozialistischen Fraktionen zustande kommt, soll die neue Organisation der Arbeiterpartei angehören oder nicht. Wird die Frage verneint, dann ist die J. L. P. für die Verschmelzung selbstverständlich nicht zu haben. Wird sie bejaht, dann ist eine Verschmelzung nicht nötig, sondern das heißt, die Frage der Verschmelzung wird durch den einfachen Anschluß der S. D. P. an die Arbeiterpartei. Schließlich wird es ja dazu kommen müssen, aber jeder Aufschub schädigt alle Teile der Bewegung außerordentlich, und wohl am meisten noch gerade die S. D. P. Die S. D. P. verflümmert und verfallt in die lethargischen Trümmern, weil ihr das Arbeitermaterial fehlt, auf das sie ihre theoretische Erkenntnis und ihre edle Begeisterung für die Sache des Proletariats wirken lassen könnte, die J. L. P. schwankt zwischen Selbstüberhebung und Verzweiflung, weil sie äußerlich und innerlich zu schwach ist, die großen Massen des organisierten Proletariats politisch in die richtigen Bahnen zu lenken. Das Resultat ist, daß die Arbeiterpartei ohne richtige und wirksame Leitung darsteht und politisch kaum vom Ruck kommt. Und noch kann die Schwierigkeit nur noch schlimmer werden, wenn alle Teile der sozialistischen Bewegung ihre Fraktionsinteressen dem Interesse des Fortschritts der Gesamtbewegung unterordnen und einzig und lokal zusammenarbeiten, um die Arbeiterpartei in sozialistische Bahnen zu lenken.

Aus den Nachbarkreisen.

Zum Maifest der Arbeit!

Entsprechend der Beschlüsse des Leipziger Parteitagess ist für die acht Wahlkreise des Regierungsbezirks Merseburg ein **Wahlkreisfonds** für Maiaussparungen gegründet worden. Zur Beschaffung von Mitteln für diesen Fonds sind an die Parteimitglieder und Gewerkschaftsmitglieder Beitragsmarken ausgegeben worden, und zwar je 20 Pf. für männliche und 10 Pf. für weibliche Mitglieder. Jeder Organisierte ist zur Entnahme einer solchen Marke auf Grund der Beschlüsse der Bezirkskonferenz verpflichtet.

Außerdem sind an die Vorstände der Partei- und Gewerkschaftsorganisationen Marken zu 50 Pf. und 25 Pf. verandt worden. Ueber die Entnahme dieser Marken heißt es in dem Regulate des Bezirksfonds für Maiaussparungen: Dem Fonds werden ferner zugeführt die Einnahmen aus allgemein zur Ausgabe kommenden Marken von 25 Pf. für weibliche und 50 Pf. für männliche Mitglieder, zu deren freiwilliger Entnahme sich alle diejenigen verpflichten, die sich fühlen müssen, den es unmöglich ist, den Mai durch Arbeitsruhe zu feiern. Diese Marken werden auch an solche Personen verandt, die nicht der Partei oder Gewerkschaft angehören, aber gewillt sind, freiwillig die Arbeiterbewegung finanziell zu unterstützen.

Die in Institutionen der Arbeiterfraktion beschäftigten Parteimitglieder haben ihren Tagesverdienst vom 1. Mai, entsprechend den Parteibeschlüssen, an den Fonds abzuführen, wenn sie am 1. Mai nicht zu arbeiten brauchen.

Bereinigung der Saale und Elbe.

Wie schon kurz berichtet, beschäftigt die Gewerkschaft Oberböblingen eine Fabrik zur Verarbeitung von Salzsäure, die Chloralkali, Schwefelsäure, Kali, ferner verschiedene Kaliumsalze, Natriersulfat, Salzsäure, Brom und Oxidation, die Ableitung der Endlagen soll durch die Abkühlung der Adler-Kalwerke in die Saale erfolgen. Die Gewerkschaft Saale-Kalwerke in Schlettau dagegen hatte den Antrag gestellt, ihr Genehmigen zu erteilen zur Errichtung einer Chloralkalifabrik in der Gemarkung Schlettau und zur Ableitung der Endlagen durch die Abkühlung der Hallischen Kalwerke Altengießhütte in Schlettau. Einwendungen gegen die Errichtung der neuen chemischen Fabrik waren von zwei verschiedenen Gruppen er-

Enorm billige Angebote in

Batist-, Woll- und Seidenblusen

durch besonders vorteilhaften Kauf eines grossen Lagerpostens neuester und schönster Blusen, die zu ungemein niedrigen Preisen von Sonnabend den 29. April ab in der

I. Etage unseres Geschäftshauses zum Verkauf ausgelegt sind.

Besichtigen Sie unsere Schaufenster.

Brummer & Benjamin

22/23 Grosse Ulrichstrasse 22/23.

Rockendorf. Rockendorf.

Maifeier.

Montag den 1. Mai, abds. 8 Uhr,
in Rockendorf:
Deffentliche Versammlung.

Alle über 18 Jahre alten Männer und Frauen sind zu dieser Versammlung eingeladen.
Arbeiter agitiert für den Weltfeiertag!
Der Einberufer.

Butter billiger!

Gute Molkerol.
Tischbutter 1/2 Pfd.-Stek. **58** Pfg.
Allerfeinste Tafel-Butter
Marke
Kleeblatt 1/2 Pfd.-Stek. **65** Pfg.
F.H. Krause.

Frische Butter 1/2 Pfund 60 Pfg.
Beste 1/2 Pfund 65-68 Pfg.
Frische, grosse Eier Dofl. 85 Pfg.
Schneidbrot. 2 Pfd.-Doie 28 Pfg.
Zitronen 3 Stück 10 Pfg.
Otto Gottschalk.

Waschgefäße,
dauerhaft und billig, größte Auswahl.
Böttcheri Schillerhof 1.



Linon-Wäsche
weiss,
bunte Wäsche
abwaschbar.
bester Ersatz
für Leinen-Wäsche,
billigst.

Hugo Nehab
Nachfig.
Grosse Ulrichstr. 27
obere Leipzigerstr. 66
Auf Firma und Hausnummer
bitte genau zu achten.



Mitglied des Rabatt-Sparvereins.
5% Rabatt.

Achtung! Achtung!
Zentral-Verband der Zimmerer
Zahlstelle Halle und Umgegend.
Gemäss eines Beschlusses der letzten Versammlung, fordern wir unsere Mitglieder auf,
den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern.
Treffpunkt am 1. Mai früh 8 Uhr bei
Stützer, Krausenstrasse 4.
Der Vorstand.

Eisleben. Maifeier!
Morgens 9 Uhr, Treffpunkt Bürgergarten:
Ausflug nach Helbra.
Nachmittags von 4 Uhr ab bei Fessel:
Unterhaltung.
Abends 8 Uhr:
Versammlung.
Referent: Genosse Holzappel, Erfurt.
Nachdem: **BALL.**
Zahlreiche Beteiligung wünscht
Der Vorstand.

Wittenberg.
Montag den 1. Mai 1911 in dem neubauten „Freundenberg'schen Saal“,
Kurfürstenstrasse:
Maifeier.
Programm:
Vormittags 8 Uhr: Musik zum Spaziergang.
Treffpunkt bei W. Freudenberg.
Nachm. 4 Uhr: Konzert der Hirscherischen Kapelle aus Sauna.
Abends 8 Uhr:
Konzert, Gesangsbeiträge, Fastrede
Heidtagslandrat Genosse Fritsch-Bertin,
Fast-Ball.
Programme, a 10 Pfg., sind bei allen Unterfertigerten zu haben.
Einer zahlreichen Beteiligung sieht entgegen
Das Komitee.

I. Hall. Versicher. geg. Ungeziefer.
Tel. 3418. Johannes Meyer, Göbenstr. 18.
Freitigung von Ungeziefer unter Garantie Zahlung nach Erfolg.

Holzarbeiter-Verband, Halle S.
Sonnabend den 29. April abends 8 1/2 Uhr im Gasthof „Drei Könige“, Kleine Klausstr. 7
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Berlegung der Versammlungen.
2. Ausflug betreffend.
3. Stellungnahme zum Gewerkschaftstongress.
4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
Die Ortsverwaltung.

Mukrena und Umgegend.
Sonntag den 30. April 1911:
Früh 9 Uhr:
Oeffentl. Volksversammlung
Mittags: **Konzert,**
unter Mitwirkung des Arbeiter-Gesang-Vereins
Nachmittags von 3 Uhr an:
Unterhaltungs-Musik.
Abends 8 Uhr: **BALL**
im Fahrhof u. im Gasthof zum Kronprinz zu Belleben.
Die Distrikts-Leiter.

Zentral-Krankenkasse f. Textilarbeiter u. andere Berufe
Sitz Chemnitz.
Sonntag d. 30. April, vorm. 10 Uhr, in d. Ballfäden, Verkehrlöhler.
General-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 1. Quartal. 2. Bericht von der General-Versammlung.
Die örtliche Vorwaltung.

Verband der Tapezierer.
Zu unserem, am **Sonnabend den 29. April 1911,**
abends 8 Uhr, in den „Ballfäden“, Lerchenfeldstrasse,
stattfindenden
Stiftungsfest
bestehend in
Konzert, Theater und BALL
ladet freundlichst ein
Das Komitee.

Kraft- u. Artisten-Klub „Atlas“
Mitglied des Arbeiter-Athletenbundes Deutschlands,
Besitz Halle.
Zu unserem am **Sonntag, den 30. April** im
Glandauer Schützenhaus (Ballfäden) stattfindenden
gr. Aufforderungs-Kampf im **Stemme**
gegen den **1. Halleischen Athleten-Klub** von 19
ladet ergebenst ein
Der Vorstand.
Anfang 1/4 Uhr.

Vereinigte Kegelklubs Halle a. S.
Einladung zum Frühlings-Ball
am Sonntag den 30. April 1911 im großen Saal
des Volksparks.
Der Vorstand.
Anfang nachm. 4 Uhr.
Ohne Karte kein Zutritt.

Verband d. Fabrikarbeiter Deutsch
Distrikt Ammendorf.
Sonntag den 30. April cr., nachmittags Punkt 2 P.
Gasthaus „Zum Dreierhaus“ in Odenberg
Distrikts-Versammlung
statt. Die Tagesordnung wird in der Versammlung
Es ist Pflicht eines jeden, unter allen Umständen
Die Distrikt
Neueste Tänze **Schlager**

Verband der Zivil-Mu.
Ortsverwaltung Halle a. S.
Sonntag den 30. April nachmittags 3 Uhr.
Ausflug nach Gasth. Wörmnitz mit anschließendem **Krä**
Freunde und Gönner des Verbandes werden höflichst e
werden
Alle Parteischriften empfängt die **Volkshaus**

Tragen Sie Kein Bruchband!
Nach einer 30jährigen Erfahrung habe ich für Männer, Frauen und Kinder einen Apparat erfunden, welcher Bruch unfehlbar heilt.
Ich sende ihn auf Probe
Wenn Sie alles mögliche probiert haben, kommen Sie zu mir. Was anderen misslingt, da habe ich den größten Erfolg. Senden Sie noch heute beiliegenden Umschritt, so schicke ich Ihnen postfrei mein illustriertes Buch über Bruch und seine Genesung, aus welchem Sie meinen Apparat und Namen vieler Personen erfahren können, welche denselben verlorht haben und mir unendlich dankbar sind.



E. C. Brooks welcher seit mehr als 30 Jahren Bruch heilt. Falls Sie an Bruch leiden, schreiben Sie ihm noch heute. Es hilft sofort, wenn alle anderen Mittel versagen. Vergessen Sie nicht, daß ich weder Salben, noch Barmittel, noch Bienen anbende.
Ich fertige es nach Ihrem Maß an und sende es Ihnen unter unbedingter Garantie zu, daß es Ihnen geklärt, oder gebe Ihnen das Geld zurück, und ich habe meinen Preis so niedrig gestellt, daß jedermann, reich oder arm, das Mittel kaufen kann.
Ich sende es auch auf Probe, um zu zeigen, daß ich die Wahrheit spreche. Sie können selbst urteilen, und wenn Sie einmal mein illustriertes Buch gesehen und gelesen haben, werden Sie ebenso begeistert davon sein wie die Zehntausende meiner Patienten, deren Briefe in meinem Bureau angeheftet werden können. Füllen Sie daher unterliegendes Fragebogen aus und senden Sie ihn ab.

International London,
506 Bank Bldg.,
London, W. C.,
England.
Sie mir bitte in Robert für Illustration und ausführliche Beschreibung der besten Apparate des Bruchs.

England ist 20 Pfg.
Charten
Handl.
nach die
Handlung,
Gars 42/43.

Stoßartige Auswahl
Thron,
Kinge,
Kollers,
zu
heuten
Zeit
Kol
1911.
Handl.
Handl.

Handl.
Handl.